

OTHER STORIES

#6

JAHRGANG
2020/2021

RASSISMUS TÖTET

Von Hanau bis Moria



**Monate später
und noch ganz am
Anfang**

Der Anschlag von
Hanau

S. 4

**„Das war ein
Weckruf“**

Der Anschlag von Halle und das
Leben danach

S. 11

**#Black
Lives
Matter**

Warum die antirassistischen Proteste
alle etwas angehen

S. 16

**Ferhat Unvar,
Gökhan Gültekin,
Hamza Kurtović,
Said Nesar Hashemi,
Mercedes Kierpacz,
Sedat Gürbüzü,
Kaloyan Velkov,
Fatih Saraçoğlu und
Vili Viorel Păun.**



Liebe Leser*innen,

die Namen jener neun jungen Menschen, die am 19. Februar in Hanau aus rassistischen Motiven ermordet wurden, klingen nach. Das größte terroristische Attentat in der hessischen Landesgeschichte hat die Zeit für uns aufgeteilt: Es gibt eine Zeit vor Hanau und nach Hanau.

Wir alle kennen die Kontinuität rechter Gewalt in Hessen: den Mord an Halit Yozgat durch den NSU, den Mord an Walter Lübcke, die Drohungen des NSU 2.0 gegen die Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız, die Komikerin Idil Baydar und die Politikerin Janine Wissler. Hanau markiert einen traurigen Gipfelpunkt dieser Kontinuität.

Unsere Mitarbeiter*innen waren von Anfang an in der Nachsorge tätig, betreuten und berieten Opfer und Angehörige des Anschlags – und stellten an die Politik konkrete Forderungen. Doch scheint es, dass kein rassistisches Verbrechen groß genug sein kann, um nicht doch als Randnotiz, als unvorhersehbarer Ausbruch eines verwirrten Einzeltäters gekennzeichnet zu werden.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Corona-Pandemie musste schließlich auch Hanau, scheinbar zwangsläufig, verblassen, waren die Prioritäten der hessischen Landespolitik wieder einmal andere, wurden unsere Forderungen auf die lange Bank geschoben. Ich frage mich ehrlich gesagt, warum. Wie wohl kein anderes Phänomen hat Corona existierende Widersprüche offengelegt – und befeuerte antisemitische und rassistische Verschwörungserzählungen, wie sie auch der Attentäter von Hanau teilte. Wir haben Zehntausende gesehen, die unter Reichsflaggen, mit bizarren Parodien von Judensternen, mit Lügen über George Soros gegen die Corona-Politik auf die Straße gegangen sind. Wann, wenn nicht jetzt, wäre der Zeitpunkt, jene Ideologien zu bekämpfen, die Taten wie die von Hanau möglich gemacht haben? Die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus ist kein „Luxusproblem“, das vor der unmittelbaren Bekämpfung der Pandemie-Folgen zurückzustehen hätte – es ist untrennbar mit ihr verwoben.

Mit dieser Ansicht stehen wir erfreulicherweise nicht allein. Selten zuvor hat sich die Zivilgesellschaft so stark organisiert wie heute. Die „Black Lives Matter“-Bewegung hat nach dem Tod von George Floyd weltweit die Frage nach Polizeigewalt, antischwarzem Alltagsrassismus und der Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe neu gestellt. Statuen wackeln, Straßen werden umbenannt – alles inmitten einer Pandemie. Es gibt ein Bewusstsein dafür, dass manche Probleme nicht mit Corona vom Tisch gewischt werden können.

Auch wir versuchen, unseren Teil beizutragen. Unser digitales Bildungsprogramm trägt den ausgefallenen Präsenzveranstaltungen und der in der Pandemie eingeschränkten Mobilität Rechnung. Hunderte haben an unseren neuen Online-Seminaren teilgenommen, Tausende folgten digital unserer Diskussionsreihe „Tuesday-Talks“ – und vor allem unseren digitalen Zeitzeug*innengesprächen mit Zvi Cohen und Eva Szepesi. Mit „Hessen schaut hin“ haben wir 2020 eine Online-Meldestelle für rassistische Vorfälle geschaffen. Nicht zuletzt haben uns in der Video-Reihe „Fensterblick“ zahlreiche bekannte Künstler*innen und Autor*innen in der Zeit des Lockdowns mit literarischen und philosophischen Betrachtungen berührt.

Das alles wäre nicht zu schaffen gewesen ohne die Beharrlichkeit und das Engagement unseres inzwischen fast 50-köpfigen Teams, das sich nicht einschüchtern lässt – und unter schwierigen Bedingungen mit daran arbeitet, dass Fehlentwicklungen dieser Gesellschaft nicht unwidersprochen bleiben.

Ihr Dr. Meron Mendel
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

OTHER STORIES

#6

▲ Im Fokus: Rechtsterrorismus

4 Hanau: Monate später und noch ganz am Anfang

Die Fachberatungsstelle response steht Betroffenen von rechtem Terror zur Seite

8 Von Worten und Taten

Der Journalist Martin Steinhagen berichtet vom Lübcke-Prozess

11 „Das war ein Weckruf“

Der Anschlag von Halle und das Leben danach – Interview mit Anastassia Pletoukhina



Hanau: Monate später und noch ganz am Anfang 4

● Other Stories

16 #BlackLivesMatter

Warum die antirassistischen Proteste alle etwas angehen

20 „Die Botschaft ist dieselbe“

Herausforderung ländlicher Raum: Maria Seip über die Zweigstelle Kassel der Bildungsstätte Anne Frank

22 Das umgedrehte Klassenzimmer

Herausforderungen für die politische Bildung im Zeitalter der Digitalisierung

26 Blick aus dem Fenster

Künstler*innen reflektieren über den Alltag in der Pandemie

30 Bürgerkrieg im Wartezimmer

Die Normalisierungsstrategie der AfD-Hauszeitschrift „Tichys Einblick“ geht voll auf

36 Wie extremistisch ist der Extremismusansatz?

Rassismus und Antisemitismus im Verständnis führender Vertreter des Hufeisen-Modells

40 Ausstellen? Abstellen!

Die Ausstellung „Hingucker?“ will Kolonialrassismus ausstellen, ohne koloniale Logiken zu reproduzieren

INHALT

■ Aus unseren Bildungsprojekten



Deutschrap: Teil des Problems oder Teil der Lösung? 48

44 Realitätsabgleich

Was Verschwörungstheorien alles nicht sind

46 Über Generationen hinweg

Wie Geschichten zu Geschichte werden: Empowerment durch Storytelling

48 Deutschrap: Teil des Problems oder Teil der Lösung?

Warum es Sinn hat, Hip-Hop in die politische Bildungsarbeit zu integrieren

50 „Hessen schaut hin“

Die ersten Monate des Meldeportals in Zahlen

52 „Seid gut zueinander!“

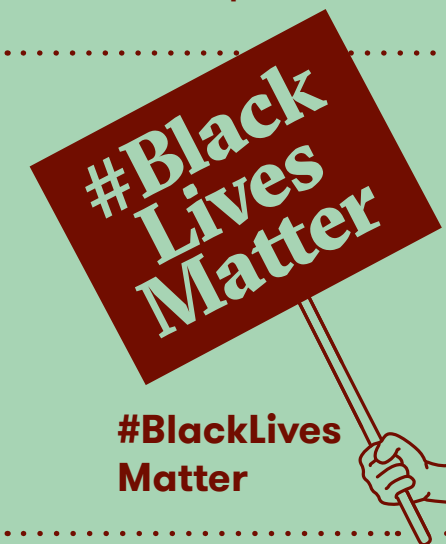
Das Projekt „was unternehmen!“ fördert Antidiskriminierung in Betrieben

54 Plakatwettbewerb: Hart an der Grenze

Der Kunstwettbewerb der Bildungsstätte

✕ Anhang

64 Publikationen Impressum



#BlackLivesMatter 16

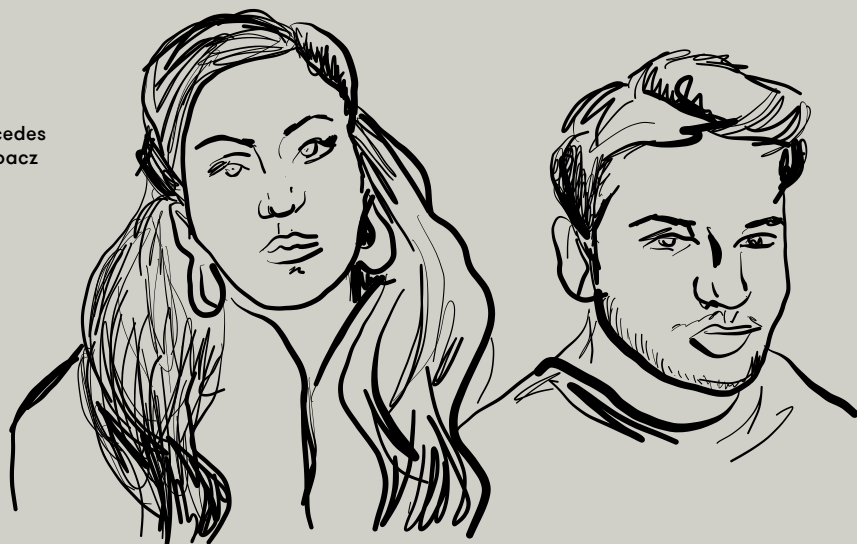


Ausstellen? Abstellen! 40

Hanau: Monate später und noch ganz am Anfang

**Die Fachberatungsstelle
response steht Betroffenen von
rechtem Terror zur Seite**

Mercedes
Kierpacz



Vili Viorel
Păun

Was sich am 19. Februar 2020 in Hanau ereignet hat, bleibt auch Monate später unfassbar. Kein Wort scheint stark genug, das Leid zu beschreiben, das an diesem Tag über die Menschen kam. Ein Rechtsextremist ermordete neun Menschen aus rassistischen Motiven und am Ende die eigene Mutter: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov und Gabriele Rathjen.

Zurück bleiben Familien, Freund*innen, Überlebende, Zeug*innen. Schätzungsweise hundert Menschen betrifft der Terroranschlag direkt oder indirekt. response berät und begleitet viele von ihnen. Neben den vielen Gruppen, die vor Ort wichtige Arbeit leisten, handelt es sich bei response um die einzige Fachberatungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. „Unser spezifischer Auftrag basiert auf der Erfahrung mit der Mordserie des rechtsterroristischen NSU. Damals gab es für die Betroffenen leider keine professionellen Ansprechpersonen“, erklärt die Leiterin Olivia Sarma.



Gökhan
Gültekin

**Immer mehr Menschen
melden sich**

response zeichnet sich durch „aufsuchende Beratung“ aus: Das Team geht von sich aus auf Betroffene zu, bietet Unterstützung an. Etwa im Jugendzentrum des Hanauer Stadtteils Kesselstadt, den Räumen der Hanauer Hilfe sowie des „Ladens“, den die „Initiative 19. Februar“ eröffnet hat. Zum Zeitpunkt der Drucklegung berät response rund vierzig der Betroffenen – und stetig kommen weitere dazu. „Vielen Menschen geht es jetzt, ein halbes Jahr später, schlechter als direkt nach der Tat“, beobachtet response-Mitarbeiterin Draupadi Fitz. Während der Terroranschlag für die weiße Mehrheitsgesellschaft bereits in Vergessenheit zu geraten droht, steht die Arbeit von response eher erst am Anfang. Die Psychologin Fitz kennt die Gründe, aus denen viele sich erst nach und nach melden: „Wenn Menschen etwas unfassbar Schlimmes erlebt haben, spaltet die Seele dieses Erlebnis ab.“ Erkennbar sei dies auch an sogenannten Trauma-folgesymptomen: Albträumen, Anspannung, Angst, Wut und Flashbacks. „Solche Symptome sind normale Reaktionen auf ein nicht aushaltbares Ereignis“, erklärt die Beraterin Betroffenen häufig. Bevor Wunden heilen, ist es sehr wichtig, weitere Verletzungen zu verhindern. Oberste Maxime in der Beratung von response sind daher Sicherheit, Schutz und Selbstbestimmung. „Wir stehen partiell an der Seite der Betroffenen und werden, egal



Kaloyan
Velkov

**Unser spezifischer
Auftrag basiert
auf der Erfahrung
mit der Mordserie des
rechtsterroristischen
NSU. Damals gab
es für die Betroffenen
leider keine profes-
sionellen Ansprech-
personen**



Hamza
Kurtović

worum es geht, nur auf deren Wunsch hin aktiv“, betont Fitz. In den Gesprächen höre sie vor allem zu, stelle gelegentlich eine Frage oder skizziere Möglichkeiten. Zum Beispiel: einen Therapieplatz zur Traumabewältigung suchen, einen Antrag auf Entschädigung stellen, einen Umzug organisieren, einen neuen Job suchen – oder einfach Trauer ermöglichen. Ob sie etwas tun und was, entscheiden allein die Beratungsnehmenden. „In einem Gefühl absoluter Ohnmacht gilt es, gemeinsam Handlungsspielräume zu erkennen und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit zu ermöglichen“, so Sarma.

Fatih
Saraçoğlu

Kein Fall ist typisch

Der eine typische Beratungsfall aus Hanau lässt sich nicht beschreiben. „Die Beratungsanliegen, die Ziele und die Lebenssituationen der Beratungnehmenden unterscheiden sich stark“, sind Sarma und Fitz sich einig. Über einzelne Beratungen wird auch nicht gesprochen. Für die nötige Atmosphäre von Sicherheit und Vertraulichkeit in der Beratung ist es wichtig, dass die Betroffenen wissen: Für das Beratungsteam herrscht nach außen absolute Schweigepflicht. „Wenn Betroffene sich mit ihren Erlebnissen zum Beispiel an die Presse wenden wollen, so muss auch dieser Wunsch von ihnen selbst kommen“, unterstreicht Sarma. Dazu entschieden hat sich unter anderen Dominique Baltas, der als Musiker der Band „Feuerherz“ bekannt ist. Er war am 19. Februar mit Freunden in der Bar „Midnight“ am Heumarkt und hat das Attentat nur durch Zufall überlebt. Seither leidet er an Schlafstörungen, kann nicht regelmäßig essen. Im Podcast der Organisation NSU-Watch sagt er: „Das Wichtigste ist, dass wir solche Taten nicht vergessen.“ Zu schnell sei es nach dem 19. Februar in den Medien wieder um andere Themen gegangen.

Ferhat
Unvar

In einem Gefühl absoluter Ohnmacht gilt es, gemeinsam Handlungsspielräume zu erkennen und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit zu ermöglichen

Said Nesar
Hashemi

Der Rest der Welt

Damit die Katastrophe verarbeitet werden kann, komme es auch darauf an, dass der Rest der Welt versteht, was passiert ist und wie es Betroffenen geht, betont Fitz: „Entscheidend ist, dass andere anerkennen, was ihnen zugestoßen ist.“ Diese Anerkennung müsse auf verschiedenen Ebenen stattfinden, etwa auch durch die Sicherheitsbehörden. „Ob das Bundeskriminalamt anerkennt, dass ein rassistisches Tatmotiv vorlag, macht auch aus traumapsychologischer Perspektive einen großen Unterschied.“ Doch gerade die Polizei hat sich in Hanau als eine herbe Enttäuschung erwiesen. Vier Anrufe des kurz darauf ermordeten Vili Viorel Păun soll sie unbeantwortet gelassen haben. Als die Polizei am Tatort angekommen sei, so Baltas, habe sie ihn einfach weggeschickt, obwohl der bewaffnete Täter zu diesem Zeitpunkt noch frei herumlief.

Sedat
Gürbüz

Gipfel des Versagens

Dabei stellt das Verhalten der Behörde am 19. Februar nur einen Teil des Versagens der hessischen Polizei dar. „Beratungsnehmende berichten uns ständig, dass sie von der Polizei nicht ernst genommen wurden, Anzeigen wegen Bedrohung und Beleidigung oft folgenlos eingestellt werden oder sie regelmäßig rassistische Polizeikontrollen erleben“, so Fitz. „Das bedeutet eine Erfahrung der Schutzlosigkeit.“ Es sind diese negativen Vorerfahrungen – von täglichen Mikroaggressionen bis zu fundamentalen Rechtsverletzungen – die es zu berücksichtigen gilt, um die Besonderheit rassistischer Gewalt zu verstehen. Je mehr Schlimmes ein Mensch erlebt hat, desto höher ist nach Gewalttaten wie der in Hanau das Risiko von dauerhaften Folgen.

Viele der Betroffenen in Hanau erinnern sich wieder an rassistische Vorfälle aus Ihrer Biographie: Erfahrungen bei der Arbeit, im Alltag und bei Behörden. Hinterbliebene und Überlebende organisieren sich, veranstalten Kundgebungen und Demonstrationen. Sie fordern eine lückenlose Aufklärung der Tat, politische Konsequenzen – und dass die Namen ihrer Kinder, Brüder, Schwestern und Mütter nicht vergessen werden, so Fitz.

Eine weitere Folge der Gewalt ist bei vielen der Gewaltbetroffenen auch blanke finanzielle Not. „Wovon soll ich jetzt leben? Die Person, die gestorben ist, hat maßgeblich zu unserem Lebensunterhalt beigetragen!“ ist ebenso Thema wie: „Ich kann an dem Ort, an dem ich die Schüsse gehört habe, nicht mehr arbeiten!“ response hilft deshalb zusammen mit der Sozialrechtsanwältin Katrin Kirstein bei Anträgen für staatliche Entschädigungsleistungen. Diese unterliegen jedoch sehr engen Kriterien, die nicht alle Bedürftigen erfüllen. Um neben den Angehörigen auch diese Menschen zu unterstützen, wurden mehr als 100.000 Euro gesammelt. Den Spendenaufruf startete response zusammen mit der „Initiative

19. Februar Hanau“, der Amadeu Antonio Stiftung, dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, sowie dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

Konflikt mit dem geldgebenden Innenministerium

Als sei nach der Gewalttat das unendliche Leid der Menschen nicht schlimm genug, sorgte das hessische Innenministerium im Hinblick auf die Geldfrage für weitere Probleme. Bis knapp zum Redaktionsschluss dieses Hefts verweigerte es die Auszahlung von 50.000 Euro für Personalkosten, die bei response anfallen, um die Betroffenen aus Hanau unterstützen zu können. Diese Blockade sorgte hessenweit für Aufregung, Sarma spricht klar von „Schikane“. Immerhin war es die Beratungsstelle response selbst, die nach Hanau den Bedarf benannt und das benötigte Geld erfolgreich beim Bund eingeworben hatte. Erst nach monatelanger öffentlicher Debatte konnten sich response und das Landesministerium einig.

Zusätzlich hat die Corona-Pandemie die Lage erschwert. Unter Verweis auf die Ansteckungsgefahr machten es die staatlichen Verordnungen den Trauernden schwer, sich zu treffen, auszutauschen und gegenseitig Halt zu geben. Und das, während Zusammenkünfte in anderen Kontexten, etwa zum Zweck der Lohnarbeit, erlaubt waren. Auch viele Beratungsgespräche wurden anfangs telefonisch oder digital statt persönlich geführt. Mit Blick auf Corona sagt der Überlebende Dominique Baltas: „Ich glaube, jeder hat verstanden, wie gefährlich es sein kann, was für Ausmaße es hat und welche Sicherheitsvorkehrungen nötig sind.“ Doch könne er die schlechten Nachrichten „einfach nicht mehr hören“. Stattdessen wünscht er sich mehr Berichte über engagierte Einzelpersonen, etwa über die Künstler*innen, die Benefizkonzerte in Hanau geplant oder einen Rap-Song aufgenommen haben. Zwar ginge all das auf schlimme Geschehnisse zurück, aber diese Menschen versuchten, etwas Positives daraus zu ziehen, anderen Mut zu machen und ein Zeichen zu setzen: „Wir halten zusammen, egal, was passiert.“

RESPONSE.

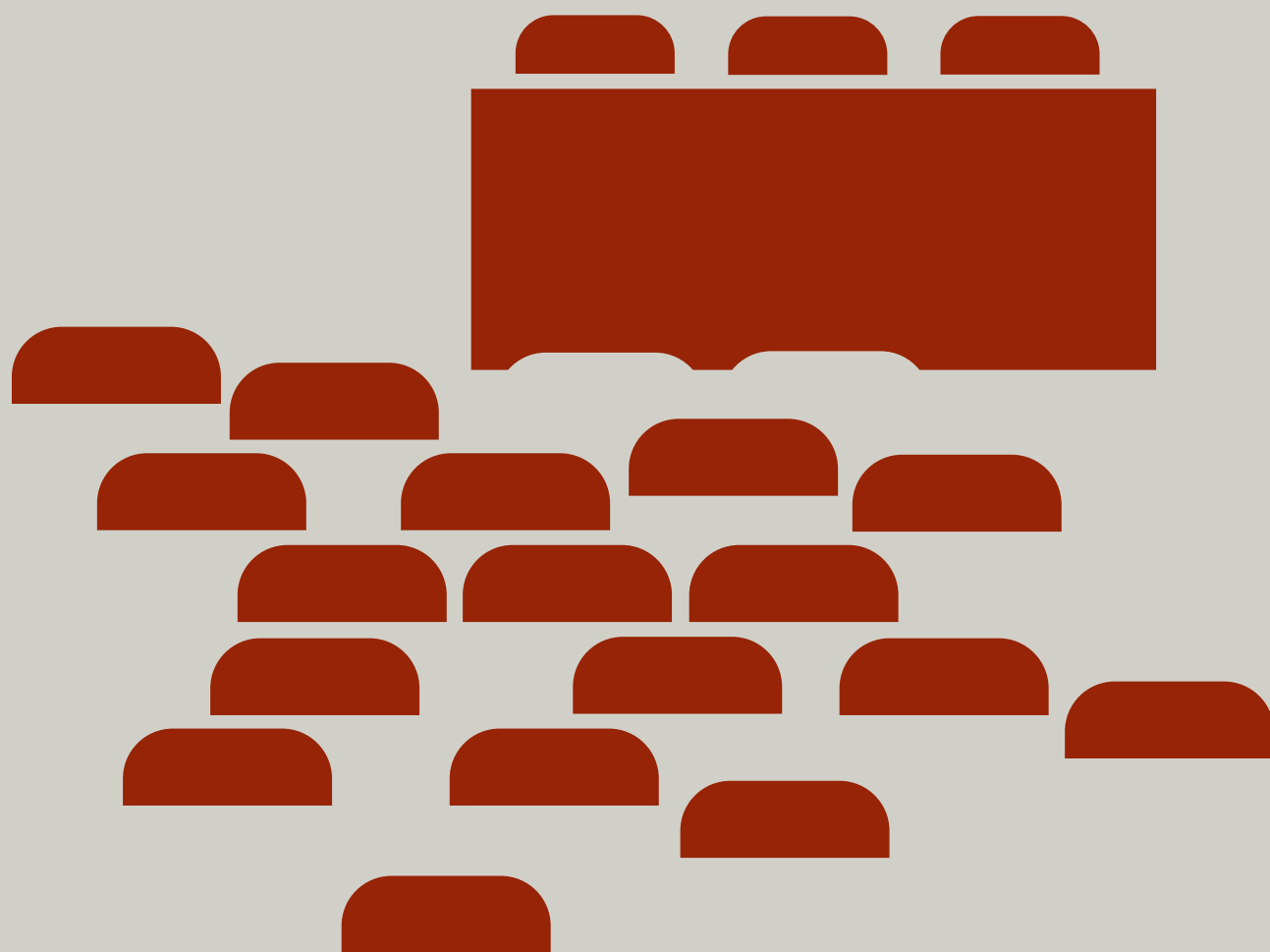
Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

response wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesfamilienministerium sowie des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ durch das Hessische Innenministerium gefördert.

→ response-hessen.de

János Erkens
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit,
Pädagogisches Team

Von Worten und Taten



In Frankfurt hat der wichtigste Rechtsterrorismus-Prozess seit dem NSU-Urteil begonnen: Es geht um den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und den Mordversuch an Ahmed I. Gleich drei Geständnisse hat der Hauptangeklagte abgelegt – für die Nebenklage ist das mitunter schwer zu ertragen.

Schon vor Prozessbeginn hatte Stephan Ernst Schwierigkeiten, einen Richter zu überzeugen. Noch im Januar diesen Jahres saß der Untersuchungshäftling Ernst in Fußfesseln und schwarzer Trainingsjacke in einem Verhörraum im Polizeipräsidium Nordhessen. Seine Aussage vor einem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs wurde auf Video festgehalten.

Monate später wird die Aufnahme im Saal 165-C des Frankfurter Oberlandesgerichts gezeigt. Die Stimme des Ermittlungsrichters ist nur aus dem Off zu hören: „Ich glaube Ihnen das heute nicht“, sagt er zu Ernst, der sich seit Mitte Juni wegen des Mordes an Walter Lübcke und dem Mordversuch an einem jungen irakischen Geflüchteten verantworten muss.

„Ich glaube Ihnen das heute nicht“

Ernst hatte in dieser Vernehmung eine andere Version der Ereignisse jener Nacht präsentiert, in der Walter Lübcke starb, und damit ein früheres Geständnis widerrufen. Kurz nach seiner Festnahme hatte Ernst (am Hemd des ermordeten Regierungspräsidenten war seine DNA gefunden worden) die Tat noch eingeräumt: Detailliert schilderte er, wie sich sein Hass auf Lübcke über die Jahre potenzierte, wie er ihn ausspähte, wie er ihm aus nächster Nähe mit einem Revolver Kaliber „38 Special“ in den Kopf schoss – angeblich allein und ohne Mitwisser. Auch von dieser Aussage gibt es ein Video.

Dem Ermittlungsrichter aber erzählte Ernst dann im Januar, nicht er sei für den Tod Lübckes verantwortlich, sondern sein früherer Kamerad und inzwischen Mitangeklagter, Markus H. Gemeinsam seien sie zu Lübcke gefahren, hätten ihm einen „Denkzettel“ verpassen wollen: der tödliche Schuss – nur ein Versehen. Auch die ermittelnde Bundesanwaltschaft glaubt das nicht und klagte Ernst wegen Mordes an. Vor Gericht hat der Angeklagte inzwischen ein drittes Geständnis abgelegt: Er selbst habe geschossen, das Attentat aber mit Markus H. geplant, der auch am Tatort gewesen sei.

Das Verfahren gegen die beiden Männer, die aus der Kasseler Neonaziszene stammen, ist neben jenem gegen den Attentäter von Halle der wichtigste Rechtsterrorismus-Prozess seit dem NSU-Urteil – und das aus mehreren Gründen: Es geht um den wohl ersten rechtsterroristischen Mord an einem hohen Amtsträger seit Gründung der Bundesrepublik. Der brutale Angriff auf Ahmed I. im Januar 2016 steht auch für die Welle der Gewalt gegen Geflüchtete

seit dem „Sommer der Flucht“ 2015. Beide Opfer stehen für Feindbilder des rechtsradikalen Milieus weit über die Neonazi-Szene hinaus. So, wie sie in der Anklage beschrieben sind, machen beide Fälle auf erschreckende Art deutlich, wie aus Worten Taten werden.

Aufgrund des großen Interesses und der Corona-Einschränkungen gibt es beim Oberlandesgericht Frankfurt nur 19 Plätze im Saal für Journalist*innen und 18 weitere für Zuschauer*innen. Wer rein will, muss Schlange stehen und früh aufstehen. Beobachtet wird der Prozess aber nicht nur von Medien, sondern auch aus der Zivilgesellschaft: „Aufklärung braucht kritische Öffentlichkeit“, twitterte die Gruppe „NSU-Watch Hessen“ dazu. Der Beginn des Prozesses und der Beweisaufnahme in dem holzvertäfelten Saal, der nur über eine große Milchglasscheibe etwas Tageslicht abbekommt, war geprägt von den Videos der beiden widersprüchlichen Aussagen – und dann von Geständnis Nummer drei.

Aufklärung braucht kritische Öffentlichkeit

Der 46-Jährige vertrete eine „von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit getragene völkisch-nationalistische Grundhaltung“, heißt es gleich im ersten Satz der am ersten Prozesstag verlesenen Anklage. Er sei zur Umsetzung seiner „Vorstellung von einer ethnisch und kulturell homogenen Volksgemeinschaft“ auch bereit, schwere Gewalttaten zu begehen. Er fürchte eine „Überfremdung“, eine „Ausrottung der Deutschen“. Genau wie Markus H., dem Beihilfe zu dem Mord vorgeworfen wird. Er habe mit Ernst an Schusswaffen trainiert und ihm etwa durch den gemeinsamen Besuch von AfD-Veranstaltungen „Zuspruch und Sicherheit“ für die Tat vermittelt.

Den Angriff auf Ahmed I. hat Ernst allein verübt, davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt. Er habe mit der Tat „seinen rechtsextremistischen Hass auf Flüchtlinge“ ausführen und durch die willkürliche Auswahl seines Opfers „Angst unter den in der Bundesrepublik Deutschland Schutz suchenden Menschen fremder Herkunft“ verbreiten wollen. Wichtigstes Beweisstück in diesem Fall ist ein Messer, das im Sommer vergangenen Jahres in Ernsts Keller gefunden wurde. Daran wurden Spuren entdeckt, die zur DNA von Ahmed I. passen. Ernst bestreitet die Tat.

Bis dahin war der Fall viele Jahre lang unaufgeklärt, die Akten lagen schon im Archiv der Kasseler Staatsanwaltschaft. Die Arbeit der hessischen Behörden dürften im Prozess und vor allem im Untersuchungsausschuss des Landtags eine Rolle spielen. Der Fall könnte zum Gradmesser für den Umgang mit rassistischen Taten nach dem NSU werden: Wurde ein mögliches politisches Motiv ausreichend geprüft? Wie gingen die Ermittler vor, und wie gingen sie mit dem Betroffenen um?

Ahmed I. hat sich der Anklage der Bundesanwaltschaft als Nebenkläger angeschlossen und den Beginn des Prozesses im Gericht verfolgt. „Ich kann nicht an jedem Verhandlungstag im Gericht sein“, teilte er später mit. Das hat auch mit den Folgen des Messerangriffs zu tun: „Ich habe Schmerzen im Rücken und im Bein. Das lange Sitzen ist für mich schwer und schmerzhaft.“ Er stehe im engen Austausch mit seinem Anwalt und vertraue den Richtern und den Vertretern der Bundesanwaltschaft.

„Wir dürfen nicht verstummen, sondern müssen klar Position beziehen“

Auch die Angehörigen von Walter Lübcke sind an dem Prozess als Nebenkläger*innen beteiligt. „Wir dürfen nicht verstummen, sondern müssen klar Position beziehen“, hatten sie vorab mitgeteilt. Walter Lübckes Witwe und seine beiden erwachsenen Söhne sitzen an vielen Prozesstagen im Saal – genau gegenüber der Anklagebank. Für die Familie sei es „kaum zu verkraften“, dass Ernst sein Geständnis vor Gericht mit „ausufernden Erklärungen zu einer schweren Kindheit“ und zur vermeintlichen Radikalisierung durch den Mitangeklagten verbunden habe, ganz so als ob er das Opfer sei. Für die Nebenklage stehe aber seitdem fest, dass beide Angeklagte die Tat „aus ihrem Hass heraus seit langem gemeinsam geplant“ und auch gemeinsam umgesetzt hätten, fügte ihr Anwalt Holger Matt damals hinzu.

Die Stimme von Walter Lübcke selbst ist im Gerichtssaal an einem Tag noch einmal zu hören. Es wird ein Handy-Video von einer Bürgerversammlung aus dem Jahr 2015 abgespielt. Der Kasseler Regierungspräsident hatte damals die Aufnahme von

THEMENHEFT Geschichtsrevisionismus

Wie die Rechten die Geschichte umdeuten

Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus



Martin Steinhagen ist freier Journalist mit dem Schwerpunkt extreme Rechte. Er war Teil der Redaktion des 2019 bei der Bildungsstätte erschienenen Themenhefts „Wie die Rechten die Geschichte umdeuten – Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus“. Es gibt einen Überblick über aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus, benennt wichtige Akteur*innen und deren typische Argumentationsfiguren und zeigt, an welche gesellschaftlichen Einstellungen sie anknüpfen. Schließlich gibt das Themenheft Anregungen, geschichtsrevisionistischen Positionen argumentativ oder praktisch entgegenzutreten. Mit Beiträgen von Natascha Strobl, Stella Hindemith, Max Czollek, Volker Weiß u.v.a.

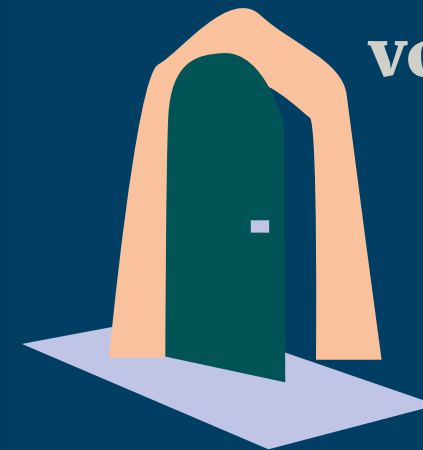


Martin Steinhagen
Journalist

Geflüchteten gegen rechte Zwischenrufer verteidigt. Mit einem kurzen, auf Youtube veröffentlichten Ausschnitt machte der Angeklagte H. seinerzeit Lübcke bundesweit zur Hassfigur im rechten Milieu. Als das Video abbricht, drückt Sohn Jan-Hendrik Lübcke auf den Knopf an seinem Mikrofon und ergreift das Wort: „Ich bin echt stolz auf meinen Papa“, sagt er. „Alles, was er gesagt hat, hat er richtig gesagt, und er hat immer noch recht.“

„Das war ein Weckruf“

Der Anschlag von Halle und das Leben danach



Es waren Bilder wie aus einem Alptraum: Am 9. Oktober 2019, Jom Kippur, versuchte ein bewaffneter Mann, die Synagoge in Halle zu stürmen, scheiterte jedoch an der Sicherheitstür. Daraufhin tötete er zwei Passant*innen und verletzte zwei weitere, bevor er von der Polizei gefasst wurde. An diesem Tag hielt sich in der Halleschen Synagoge auch die Berliner Sozialpädagogin Anastassia Pletoukhina zum Jom-Kippur-Gebet auf. Im Rahmen unserer TuesdayTalks hat sie mit dem Filmemacher und Moderator Adrian Oeser darüber gesprochen, wie sie den Anschlag erlebt hat, welche Folgen er für das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen in Deutschland hat und was ihr in ihrer eigenen pädagogischen Arbeit gegen Antisemitismus wichtig ist.

AO

Adrian Oeser: Der Anschlag in Halle war eine besonders gewaltvolle Form des Antisemitismus. Hattest Du vorher bereits schon einmal in Deutschland Antisemitismus erlebt – in der Schule, an der Uni, im Alltag?

AP

Anastassia Pletoukhina: Vor 15 Jahren hätte ich diese Frage noch verneint – was bizarr ist, weil es allein in meiner Heimatstadt Lübeck einen brutalen Angriff mit Molotow-Cocktails 1994/95 gab. Mittlerweile habe ich aber so viele Menschen getroffen, die Antisemitismus erlebt haben, und mich damit beschäftigt, was Antisemitismus eigentlich ist, dass mir jetzt doch retrospektiv diverse antisemitische Aussagen, Floskeln und Witze einfallen. Die meisten davon wurden von Menschen gemacht, die sich selbst nie als Antisemit*innen bezeichnen würden, aber deren Sprachpraxis eindeutig antisemitisch ist.

Ich habe aber glücklicherweise das Gefühl, antisemitische Äußerungen ansprechen und problematisieren zu können – manchmal reicht es schon, sich offen zum eigenen Judentum zu bekennen, und schon werden antisemitische Aussagen nicht mehr einfach so dahingesagt, vielleicht sogar antisemitische Gedanken hinterfragt. Das ist eine gute Erfahrung.

AO

Du lebst seit zehn Jahren mit deinem Mann in Berlin. Am 9. Oktober 2019 wart Ihr in Halle, um Jom Kippur zu feiern – wie kam es dazu?

AP

Diese Reise hatte viele Hintergründe. In Berlin sind die Synagogen an den Feiertagen proppenvoll, was einerseits schön ist, aber auch anstrengend sein kann, vor allem, wenn man keinen Sitzplatz hat:

Denn wir fasten an dem Tag, und das Gebet ist sehr lang. Außerdem war der Chasan, der Vorbeter, ein enger Freund von uns, und wir kannten diese Gemeinde seit vielen Jahren durch die Arbeit mit der Jewish Agency.

Wir waren etwas unter zwanzig Leuten, die als Gäste nach Halle gefahren sind: darunter einige amerikanische Staatsbürger*innen, Deutsche und Österreicher*innen. Einige sprachen nur deutsch, einige nur russisch, einige englisch. Es war ganz durchmischt, und es war schon am Vortag ein schöner Start in den Jom Kippur.

AO

Wie war die Stimmung in der Synagoge, und wann habt ihr mitbekommen, dass etwas nicht stimmt, dass draußen vor der Tür etwas passiert?

AP

Jom Kippur ist ein Tag, an dem wir auch in uns selbst schauen sollen, weshalb uns eine ruhige Stadt wie Halle besonders geeignet erschien. Obwohl es ein Wochentag war, war es ziemlich leise. Die Sonne schien, um halb neun Uhr morgens haben wir die erste Meditation gemacht und dann noch ein paar Texte gelesen. Zum Zeitpunkt des Anschlags haben wir die Thora gelesen – zum Glück war gerade niemand draußen, um beispielsweise frische Luft zu schnappen!

Wir haben einen Knall gehört, aber nicht so wirklich verstanden, was passiert. Es gab ein Überwachungsfenster und eine oder zwei Überwachungskameras, die von der Gemeinde über Spenden selbst installiert worden waren. Und der Security-Beauftragte, eigentlich auch ein Stammbeter, hat gesehen, dass da vor der Tür was passiert, dass da jemand versucht, die Tür

zu rammen, und dann darauf schießt. Auch er konnte sich in dem Moment überhaupt nicht artikulieren, weil es ja nichts ist, was man aus dem Alltag kennt und benennen kann. Er sagte nur: „Jemand versucht, rein zu kommen!“, und dann: „Jemand ist tot umgefallen!“

Die amerikanischen Bürger*innen sind sofort auf den Boden gegangen und haben sich in Sicherheit gebracht, aber bei den deutschen ist sehr langsam angekommen, dass das gerade

AO

Es dauerte zehn Minuten, bis der erste Streifenwagen kam. In dieser Zeit hat der Täter vor der Synagoge Jana L. erschossen. Wie hast du das Verhalten der Polizei an dem Tag erlebt?

„Wir haben einen Knall gehört, aber nicht so wirklich verstanden, was passiert“

ein Anschlag ist. Ich glaube, dass das ein Schutzmechanismus war, das abzuwehren: „Nein, das kann nicht sein. In Deutschland? Niemals!“

AP

Für mich war das selbstverständlich, dass Polizei irgendwie zum Fassdenbild einer Synagoge gehört, und es gab mir immer ein Gefühl von Sicherheit: Egal was ist, in der Synagoge sind wir geschützt, die Polizei ist innerhalb kürzester Zeit da. Ich war sehr erschrocken darüber, dass das in Halle nicht der Fall war. Ich frage mich, warum dem Wunsch der Gemeinde nach permanentem Polizeischutz nicht nachgekommen wurde und auch, warum die Polizei in einer so kleinen Stadt wie Halle so lange gebraucht hat.

AO

Nach diesem ersten Schutzmechanismus, das nicht glauben zu wollen, habt ihr es dann doch realisiert, denn ihr habt ja dann die Türen verbarrikadiert ...

AP

Vielleicht ging es auch nur mir so, und bei anderen hat es viel schneller „klick“ gemacht. Die Synagoge ist sehr klein, und diejenigen, die näher an der Tür waren, der Sicherheitsmann, der gerade Schicht hatte, und ein paar andere Menschen standen vor diesem kleinen Bildschirm und haben versucht zu verstehen, was los ist.

Der Gemeindevorsitzende hat sofort die Polizei verständigt und alle anderen Menschen haben sich im hinteren Teil der Synagoge versteckt. Da haben wir dann schon eine antisemitische Attacke vermutet,

AO

Was hat das emotional bei dir bewirkt?

AP

Ich habe mich ausgeliefert gefühlt: Wenn schon die Polizei uns nicht schützen kann, wer kann uns dann schützen? Es wirft auch Fragen nach den unterschiedlichen Ausdrucksformen von Antisemitismus auf: Wie stark werden wir als jüdische

„Wie stark werden wir als jüdische Gemeinschaft als Teil der Gesellschaft gesehen und wie sehr bleiben wir die unbekannten Nachbarn, die exotisiert werden?“

Gemeinschaft als Teil der Gesellschaft gesehen und wie sehr bleiben wir die unbekannten Nachbarn, die exotisiert werden? Zum Beispiel hieß es nach dem Anschlag, es seien „auch Deutsche“ gestorben – und es war klar, dass damit nicht deutsche Jüdinnen und Juden gemeint waren. Dabei sind wir doch auch Deutsche!

Einerseits gibt es ja das deutsche Selbstverständnis, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher sein sollen, andererseits hat euch letztlich nur eine Tür gerettet. Fallen Anspruch und Wirklichkeit auseinander?

AO

AP

Meine Perspektive als Pädagogin ist, dass wir mehr im Bildungskontext machen müssen und dass auch die Medien mit dem Thema anders umgehen sollten. Als Vorsitzende des Jüdischen Studierendenverbands in Berlin habe ich viele Interviews gegeben, und jedes Mal war die Angst vor antisemitischen Übergriffen Leitthema. Wenn ich von anderen Themen gesprochen habe, die Jüdinnen und Juden abgesehen von Antisemitismus beschäftigen, wurde das selten veröffentlicht. Ich finde das problematisch, weil Antisemitismus zwar ein wichtiger Faktor ist, aber es macht nicht unser jüdisches Leben, unsere Alltagsrealität aus.

Ich glaube aber, dass sich das gerade verändert, weil wir uns nicht nur in eine Opferrolle be-

geben, sondern beispielsweise als Pädagog*innen jüdischen Glaubens Präventionsarbeit leisten. Es ist wichtig anzusprechen, dass Aussagen oder Bilder antisemitisch sein können, ohne dass zwangsläufig die Menschen, die sich dieser Bilder oder Aussagen bedienen, selbst Antisemit*innen sind. Ich glaube, dass ist die größte Angst von einer*m sogenannten Deutschen, als Antisemit*in betitelt zu werden.

Was hat der Anschlag in den Gemeinden bewirkt?

AO

AP

Wie in Halle haben nun viele vor allem kleinere jüdische Gemeinden die Sicherheit bekommen, um die sie die Stadt oder die Polizei lange gebeten haben, weil dafür von den Bundesländern Budget freigegeben wurde. Vor allem in Halle hat die Gemeinde unfassbar viel Aufmerksamkeit bekommen: Es gab viele Solidaritätsbekundungen und Angebote für Kooperationen. Ich kann mir vorstellen, dass jetzt neue gemeinsame Projekte entstehen, die auch nochmal einen anderen Fokus haben und andere Akzente setzen: Antisemitische Übergriffe wie beispielsweise 2014 die Demonstrationen gegen Israel und die israelische Politik haben bewirkt, dass viele junge Leute unbedingt etwas dagegen machen möchten. Bei diesen Demonstrationen ging es ganz schnell gegen Israel als Staat, was zu wirklich sehr blanken antise-

mitischen Aussagen wie „Juden ins Gas!“ führte, was ja dann schon nichts mehr mit Israel zu tun hatte, und „Kindermörder Israel!“, das auf einen mittelalterlichen antisemitischen Topos zurückgeht. Es wurde Kritik an der Politik von Israel vermischt mit einem europäischen antisemitischen Gedankengut. Für viele war das ein Weckruf, zu sagen: „Moment mal, ich mag vielleicht nicht religiös sein, ich gehe vielleicht

AP

Ich glaube, dass sich Menschen, die sich als jüdisch verstehen, an irgendeinem Punkt im Leben fragen: „Kann ich hier leben? Fühle ich mich sicher?“ Und es gibt sehr viele Faktoren, die dabei eine Rolle spielen. Meine Großeltern haben sich in ihrem Geburtsland, der Sowjetunion, nicht sicher gefühlt, und wir haben auch in Deutschland genügend Anlässe, uns diese Frage zu stellen: Zum Beispiel 2014, zum Beispiel 2015

„Und ich werde an meinem Arbeitsplatz oder in meinem Studium von Leuten angesprochen und werde gefragt: Ja, was sagst du denn zu dem, was ihr da in Israel macht?“

nicht in die Synagoge, aber genau das hat etwas mit mir zu tun.“ Und ich werde an meinem Arbeitsplatz oder in meinem Studium von Leuten angesprochen und werde gefragt: „Ja, was sagst du denn zu dem, was ihr da in Israel macht?“ Ich glaube, die teilweise brutale Demonstration 2014 und auch der Anschlag in Halle sind für viele ein Faktor, um sich nicht zu verstecken, sondern zur eigenen jüdischen Identität zu stehen und Räume zu schaffen, in denen jüdische junge Erwachsene sich sicher fühlen und gemeinsam Akzente jüdischen Lebens setzen können.

AO

Ich habe gelesen, dass der Anschlag von Halle in vielen Gemeinden auch als Zäsur wahrgenommen wurde: Es war der erste antisemitische Anschlag, bei dem es zu sehr vielen Toten hätte kommen können. Viele Menschen haben sich gefragt, ob sie als Juden und Jüdinnen* in Deutschland noch sicher sind ...

und auch nach dem Anschlag in Halle. Ich habe die Entscheidung hierzubleiben jedes Mal bewusst getroffen, weil ich Deutschland als mein Zuhause betrachte und glaube, hier etwas verändern zu können. Ich denke, so ähnlich geht es vielen jüdischen jungen Erwachsenen.



Anastassia Pletoukhina

Anastassia Pletoukhina, geboren in Russland, kam in den 1990er Jahren als Zwölfjährige nach Deutschland und lebt heute in Berlin. Die Sozialpädagogin gründete die jüdische Studierendeninitiative Studentim, arbeitet bei der Jewish Agency Berlin und promoviert in Frankfurt in Soziologie.

Der vorliegende Text ist eine gekürzte und von Anastassia Pletoukhina durchgesehene Fassung des ursprünglichen Interviews.

#Black Lives Matter

Warum die antirassistischen Proteste alle etwas angehen

Nach dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd rückte Rassismus gegen Schwarze Menschen verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. Auf die ersten Proteste in den USA folgten Demonstrationen an vielen anderen Orten, und spätestens seit Sommer 2020 ist „Black Lives Matter“ eine globale Protestbewegung.

Dabei ist die zum Hashtag gewordene Forderung „Black Lives Matter“ mehr als eine politische Bewegung, mehr als ein Slogan, der auf Demos gerufen und auf T-Shirts gedruckt wird: Black Lives Matter reicht zurück in die Zeit der Versklavung und Unterdrückung Schwarzer Menschen in Nord- und Südamerika und auch auf dem afrikanischen Kontinent. Ein Blick in diese koloniale Vergangenheit macht deutlich, wie die jahrhundertlange Ausbeutung und Unterdrückung Schwarzer Menschen ideologisch untermauert und gerechtfertigt wurde. Und er ist notwendig, um Rassismus gegen Schwarze Menschen heute zu verstehen.

#Geschichte

Koloniales Denken existierte bereits, bevor die ersten Kolonien überhaupt entstanden: Schon der Begriff „Kolonialismus“ (von lat. „colonia“: besiedeln, urbar machen, bebauen), der die Besetzung afrikanischer Länder durch europäische Kräfte bezeichnet, enthält nämlich die Vorstellung, die zu kolonisierten Gebiete seien unzivilisiert. Zudem bildeten die Wissenschaft und das Zeitalter der „Aufklärung“ (dominante Erzählung von Erkenntnistheorien, Emanzipation, Befreiung ...) eine wesentliche Grundlage für Rassentheorien und somit auch für den bis heute andauernden Rassismus gegen Schwarze Menschen. Diese „wissenschaftlichen Rassentheorien“, die Menschen hierarchisierten, sprachen Schwarzen Menschen ihr Menschsein ab. Sie waren ideologische Grundlage und Legitimation für die Versklavung, Kolonisierung und Ausbeutung Schwarzer Menschen, der Ausbeutung von natürlichen und menschlichen Ressourcen, der Zerstörung von Kulturen, Sprache, Religionen – Gesellschaften durch die westliche, weiße „Hochkultur“.

Noch heute zeigt sich die Vorstellung, dass Weiße ganz selbstverständlich über Schwarze Menschen und deren Körper verfügen dürfen darin, dass Schwarze Menschen oft ungefragt an Haut und Haaren angefasst werden, dass die Errungenschaften Schwarzer Kulturen wie selbstverständlich von Weißen angeeignet werden, ohne deren Ursprung zu nennen, und nicht zuletzt in körperlicher Gewalt gegen Schwarze Menschen.

#Gegenwart

Der Kolonialismus existiert offiziell nicht mehr, und die Versklavung von Menschen ist verboten. Doch auf wirtschaftlicher und politischer Ebene wurden kolonial- und sklav*innenähnliche Beziehungen bis heute aufrechterhalten. Ebenso aufrechterhalten geblieben sind die Bilder über Schwarze Menschen, die in den Zeiten des Kolonialismus und der Versklavung entstanden sind. Diese Bilder haben sich seitdem weiterhin in unsere westliche weiße Gesellschaft und Geschichtsschreibung eingebrannt. Ob in Kinderliedern, Schulbüchern, Filmen und TV-Serien oder der Werbung: Schwarze Menschen werden als dumm und unfähig dargestellt, Afrohaare werden als unzivilisiert und Wucherfrisur betitelt, Schwarze Fußballspieler*innen werden mit Affenlauten beschimpft und von Afrika wird so gesprochen, als sei es ein einziges Land, bewohnt von „Afrikanern“. Dadurch wird die Vielfalt eines gesamten Kontinents unsichtbar gemacht. Außerdem sind Erzählungen vom Afrikanischen Kontinent überwiegend solche der Armut, des Hungers und der Kriege. All diese Erzählungen und Bilder von Schwarzen Menschen wirken sich real auf den Lebensalltag dieser in Deutschland (und anderen mehrheitlich weißen westlichen Gesellschaften) aus: in der Schullaufbahn und dem Zugang zu guter schulischer Bildung, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

#rassistische Gewalt #Polizeigewalt

Polizeigewalt gegen Schwarze Menschen ist nicht nur in den USA ein Thema, sondern gehört auch in Deutschland für viele Schwarze Menschen und Menschen of Color zum Alltag – zum Beispiel durch Racial profiling. Da Racial profiling offiziell verboten ist, gibt es seitens des Bundes keine eigens erhobenen Daten dazu. Die Initiative „Death in Custody“ (Tod in Polizeigewahrsam) zählte zwischen 1990 und 2020 159 Fälle von BPoC, die in Polizeigewahrsam oder durch rassistische Polizeigewalt ums Leben gekommen sind.

#Sprache

Vielen Menschen ist mittlerweile bewusst, dass das N-Wort oder auch das M-Wort problematisch ist, trotzdem werden beide Begriffe noch immer häufig benutzt: Als Beleidigung, aus Gewohnheit, als Zitat, aber auch als vermeintlich „ganz normale“ Bezeichnung für Schwarze Menschen. Wer viel englischsprachigen Rap, Hip-Hop und R'n'B hört, kann angesichts der Leichtigkeit, mit der Schwarze Musiker*innen das N-Wort benutzen, den Eindruck gewinnen, der Begriff sei unproblematisch.

Bei dem N-Wort handelt es sich um eine zutiefst verletzend und gewaltvolle Beleidigung, die benutzt wurde (und wird), um Schwarze Menschen zu stigmatisieren. Er ist verknüpft mit Lynchgewalt und in unzähligen Witzen, Liedern und Cartoons zu finden, die die Abwertung Schwarzer Menschen widerspiegeln. Innerhalb Schwarzer Communities ist umstritten, ob das N-Wort in empowernder Absicht als Selbstbezeichnung verwendet werden sollte oder ob es ganz aus dem Wortschatz verschwinden sollte.

Weiß Menschen und Menschen of color jedenfalls sollten das Wort aus unserer Sicht unter keinen Umständen benutzen – auch nicht als Zitat.

#BlackLivesMatter

Vor dem Hintergrund der Rassismuserfahrungen, die dezidiert Schwarze Menschen erleben, ist #BlackLivesMatter eine Forderung nach Anerkennung der kolonialen Kontinuitäten und der noch immer bestehenden strukturellen Gewaltverhältnisse – eine Gegenbewegung, die „All Lives Matter“ (alle Leben zählen) fordert, übersieht diese Strukturen – oder will sie absichtlich unsichtbar machen und die „Black Lives Matter“-Forderungen delegitimieren. Es ist aber wichtig anzuerkennen, dass Rassismus tief in den gesellschaftlichen Strukturen und damit in jedem Menschen verankert ist, um ihn wirksam bekämpfen zu können.

„Black Lives Matter“ ist deshalb nicht nur eine Aufforderung zur Solidarität innerhalb der Schwarzen Community und ein Aufruf zum Aktivismus, sondern auch eine Forderung an die nicht-schwarze Gesellschaft, sich mit dem eigenen Rassismus auseinanderzusetzen und an ihm zu arbeiten.

Denn die kompromisslose Anerkennung von Geschichte, Gegenwart und Alltag Schwarzer Menschen ist die Voraussetzung für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung Schwarzer Menschen – in Deutschland und überall.



Bilder der Fotokünstlerin Ana Paula dos Santos dokumentieren die BLM-Proteste in Frankfurt 2020



Aisha Camara
Team Beratung



Folasade Farinde
Bildungsreferentin



Siraad Wiedenroth
Pädagogisches Team
& Veranstaltungsmanagement



„Die Botschaft ist dieselbe“

Seit einem Jahr ist Maria Seip Leiterin der Kasseler Zweigstelle der Bildungsstätte. Mit „Other Stories“ sprach sie über innerhessische Kulturunterschiede, die Beziehungen zum Frankfurter Haupthaus und Herausforderungen im ländlichen Raum.

Wenn über die Bildungsstätte Anne Frank gesprochen wird, denken die meisten zuerst an Frankfurt am Main. Dabei ist die Bildungsstätte laut Selbstverständnis ein „Zentrum für politische Bildung und Beratung in Hessen“ – und nicht nur für „Südhessen“, wie der Frankfurter Raum in Kassel scherzhaft genannt wird. Seit drei Jahren gibt es hier eine offizielle Zweigstelle der Bildungsstätte. Geleitet wird sie seit einem Jahr von Dr. Maria Seip. Wie die Bildungsstätte selbst ist sie ein Frankfurter Gewächs. In der Bankenmetropole hat sie studiert und gearbeitet – „hauptsächlich im universitären Kontext, im Bereich der pädagogischen Psychologie“, sagt sie. „Aber schon damals war ich nebenbei auch viel in der Beratung und Bildung tätig.“

Vor acht Jahren ist die promovierte Diplom-Psychologin nach Kassel gekommen. „Da musste ich mir auch viele Sprüche anhören – ‚ab nach Kassel‘ ist ja nur der bekannteste.“ Die alte Abneigung zwischen den Städten, gibt es sie noch immer? „Natürlich fühlen sich die Kasseler*innen im Vergleich zu den Frankfurt*innen immer ein bisschen abgehängt.“ Aber der Kulturunterschied sei auch real spürbar: „Frankfurt ist ja selbst nicht besonders groß, aber hat das Flair einer Weltstadt, das ergibt sich einfach aus der Geschichte.“ Frankfurt war schon immer Handelsstadt und damit auch Knotenpunkt für Migration – „mit allem, was dazugehört“. Kassel hingegen sei aristokratisch geprägt, als Residenz- und Garnisonsstadt: „Wir haben das Weltkulturerbe, das Schloss, die Orangerie.“ Migration sei in Kassel erst mit der Ansiedlung der Hugenotten im 16. Jahrhundert und dann seit den Fünfzigern so wirklich Thema geworden, mit dem Zuzug von „Gastarbeitern“ für VW.

Mittlerweile wird Kassel der Bildungsstätte zu klein, wenn auch in anderer Hinsicht: Die Büroräume in der Kleinen Rosenstr. 3 reichen nicht mehr ganz aus für die sechs Personen, die hier nun arbeiten. Vieles findet derzeit im „Beratungsraum“ statt: digitale Formate, Videokonferenzen, Teamtreffen – neben der Beratung selbst, die in Kassel bislang noch im Vordergrund steht. Die Hälfte der Mitarbeiter*innen ist im Beratungsteam, auch die Antidiskriminierungsberatung ist mit einer Stelle vertreten. Aus historischer Entwicklung: Die Arbeit der Bildungsstätte in Kassel begann mit Beratung durch response. „In der Kasseler Öffentlichkeit werden wir deshalb nach wie vor oft ‚nur‘ als Beratungsstelle wahrgenommen“, sagt Seip. „Wir versuchen deswegen, mit Veranstaltungen, vor allem Fortbildungen, den zweiten, pädagogischen Schwerpunkt zu setzen.“ Dabei sei es noch immer recht anstrengend, die Kasseler Presse für die Events der Bildungsstätte zu begeistern.

Eine weitere Herausforderung: die Zusammenarbeit mit den vielen Initiativen, die in Kassel schon seit langem politische Bildung und Beratung machen. Hier müsse sie dem Gefühl begegnen, als der große Player aus Südhessen in Erscheinung zu treten, der sich nun in Nordhessen ausbreiten wolle: „In solchen Fällen müssen wir erklären: Nein, wir wollen was zusammen mit euch machen.“ Der Geist ist insgesamt eher ein kooperativer, vermittelnder. In Frankfurt falle es leicht, avantgardistisch aufzutreten: Das Publikum ist vorhanden, ist mitgewachsen – nicht zuletzt ist die Bildungsstätte auch aus der Stadtgesellschaft, aus privaten Initiativen entstanden. „Die Botschaft der Bildungsstätte in Kassel ist natürlich dieselbe, aber der Ansatz ist ein anderer.“ Veranstaltungen dürften nicht ausschließlich auf ein eher akademisches Publikum ausgerichtet werden; bei Kooperationen müsse man berücksichtigen,

dass mitunter „Integration“ eher noch als „Assimilation“ verstanden wird. „Wo stehen die Leute, und wo kann man sie abholen“, formuliert das Seip. Die Fragen seien etwas andere als in Frankfurt: Was für Strukturen sind schon vor Ort? Welche Initiativen gibt es, und welche Unterstützung benötigen sie? Wo sind wir anschlussfähig?

Nicht zuletzt hat Kassel auch traurige Berühmtheit erlangt: Es ist die Stadt des Mords an Halit Yozgat, die Region des Attentats auf Walter Lübcke. Rechte, rassistische Gewalt gibt es in Kassel und der Region seit Jahrzehnten. Zu oft ist sie unbemerkt und unaufgeklärt geblieben. „Natürlich gibt es den ‚braunen Sumpf‘, von dem hier oft die Rede ist“, sagt Seip. Aber gleichzeitig sei die Stadtgesellschaft seit dem Mord an den Regierungspräsidenten auch alarmiert. Rechte Demos würden nun von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis konfrontiert: „Da ist jetzt eine Wachheit da, die erhalten bleiben muss.“ Gleichzeitig spüre sie im Fall Yozgat, dass sich die Stadt noch schwertue, ein öffentliches Gedenken so zu unterstützen, wie sich das die Familie und migrantische Communities wünschten – „eine Ambivalenz, die ich in der Stadt sehr stark wahrnehme“.

Kassel macht sich auf den Weg

Der Anspruch geht natürlich weit über Kassel hinaus – in der Tendenz will das Büro den ganzen Raum Nord- und Osthessen abdecken. „Wir sind ein Kasseler Büro, natürlich. Aber allein AdiNet ist in fünf Landkreisen aktiv. Das ist auch eine große Herausforderung, aus einer Stadt heraus – wenn auch aus einer kleineren – die Bedarfe auf dem Land abzudecken.“ Soeben hat das Antidiskriminierungsnetzwerk, das von der Bildungsstätte in Kassel koordiniert wird, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ausgerichtet.

Seip empfindet die Kasseler Besonderheiten nicht als nachteilig: „Das ist, was unseren Alltag herausfordernd und spannend macht.“ Ein optimistisches Grundgefühl, das sie aus der Stadt insgesamt mitnehme: Kassel macht sich auf den Weg.



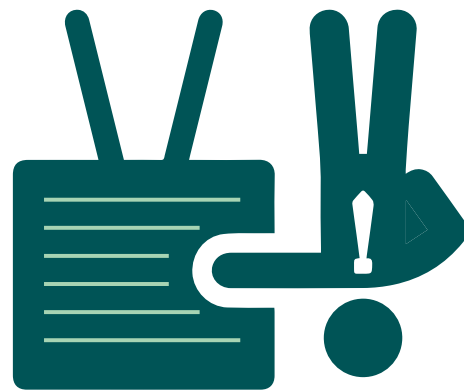
Maria Seip
Leiterin Büro Nord- und Osthessen in Kassel



János Erkens
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Pädagogisches Team

Das umgedrehte Klassenzimmer

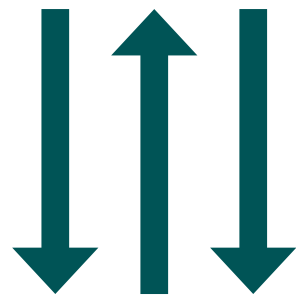
Herausforderungen für die politische Bildung im Zeitalter der Digitalisierung



Eigentlich wäre
schen Terror-
Hanau im Feb-
des Trauerns
angemessen

tatsächlich schuf der Anschlag auch eine pädagogische Notfallsituation: Binnen weniger Stunden erreichten die Bildungsstätte zahlreiche Anfragen von Lehrer*innen aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich Unterstützung dabei wünschten, mit ihren Schüler*innen angemessen über Hanau und Rechtsterrorismus zu sprechen. Es waren so viele, dass wir diesen Bedarf innerhalb so kurzer Zeit nicht mit Fortbildungen hätten decken können. Die Lösung war unser erstes Online-Seminar.

nach dem rassisti-
anschlag von
ruar 2020 eine Zeit
und Gedenkens
gewesen. Doch



Der Mixed-Reality-Ansatz im Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ der Bildungsstätte. Junge Erwachsene können das Versteck von Anne Frank und ihrer Familie virtuell erkunden

Diese Erfahrung steht paradigmatisch für die grundlegenden Herausforderungen, mit denen die politische Bildung gegenwärtig konfrontiert ist: Auf aktuelle gesellschaftliche und politische Ereignisse muss schnell mit niedrighschwelligen Angeboten reagiert werden, die ihre Empfänger*innen überall dort erreichen, wo sie sich nun einmal gerade aufhalten. Kurz: Die politische Bildung muss sich zunehmend digitalisieren, um den Lebensrealitäten der Digital Natives und jener, die mit ihnen arbeiten, gerecht zu werden.

Diese Entwicklung ist freilich nicht neu. Spätestens seit 2018 beschäftigt sich auch die Bildungsstätte verstärkt mit digitalen Formaten in der politischen Bildung: Das interaktive Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ beispielsweise basiert auf einem sogenannten mixed-reality-Ansatz, einer Kombination aus digitalen und analogen Elementen. Mit dem „virtuellen Hinterhaus“ bietet es ein augmented-reality-Format an, bei dem die Besucher*innen mithilfe von Tablets das Hinterhaus erkunden können, in dem Anne Frank und die sieben anderen Versteckten so lange Zeit leben mussten.

Doch unterm Druck der diesjährigen Ereignisse wurde die Digitalisierung der gesamten Angebotspalette dringlicher: Neben dem Anschlag von Hanau war es

Auf aktuelle gesellschaftliche und politische Ereignisse muss schnell mit niedrighschwelligen Angeboten reagiert werden, die ihre Empfänger*innen überall dort erreichen, wo sie sich nun einmal gerade aufhalten

Neben dem Anschlag von Hanau war es die Corona-Pandemie, die „analoge“ Lernformate wie Workshops und Fortbildungen zeitweise unmöglich machte

die Corona-Pandemie, die „analoge“ Lernformate wie Workshops und Fortbildungen zeitweise unmöglich machte. Anstatt die Bildungsarbeit für die Zeit der pandemiebedingten Einschränkungen auf Eis zu legen, entwickelte die Bildungsstätte innerhalb kürzester Zeit Online-Seminare zu Antisemitismus, Rassismus, Verschwörungstheorien und anderen Themen, schulte das Team intern und schaffte die nötige Technik an. Seitdem finden diese Online-

Digitale Formate haben das Potenzial, die politische Bildungsarbeit grundlegend zu verändern

Seminare sowie das neue Diskussionsformat „TuesdayTalk“ und sogar Zeitzeug*innengespräche mit Hilfe von Video-Chaträumen statt – mit interaktiver Gruppenarbeit und sogenannten Breakout-Rooms für Kleingruppenarbeit.

Die Nachfrage nach Online-Seminaren und den „TuesdayTalks“ war von Beginn an gewaltig: Bereits für die ersten Online-Seminare meldeten sich binnen weniger Tage 800 Interessierte an. Vor allem für Menschen, die an den „analogen“ Workshops nicht teilnehmen könnten – etwa weil sie im ländlichen Raum leben oder aus familiären Gründen zeitlich nicht flexibel sind – bieten die Online-Formate nun barrierefreie Möglichkeiten, an politischer Bildung zu partizipieren.

Dennoch bedarf es weiterer, innovativerer Formate, um den Lebensrealitäten und Bedürfnissen vor allem der jüngeren Schüler*innen gerecht zu werden. Auch diese haben sich durch die Digitalisierung stark verändert: Der Großteil der Interaktionen, der Unterhaltung und der Informationsbeschaffung findet heute im digitalen Raum statt. Videos auf Youtube vermitteln Inhalte kurz und unterhaltsam auf zugleich visuelle und auditive Weise, Google verschafft einen Überblick über die meistgelesenen Einträge zu einer Suchanfrage, und ein Wikipedia-Artikel gibt zumindest einen ersten umfassenden Überblick über fast jedes gewünschte Thema. Umfragen in Schulen haben ergeben, dass sich gerade die jüngere Zielgruppe ein Lernerlebnis wünscht, das

dem ihrer informellen Lernerfahrungen im Internet ähnelt; also unkompliziert ist wie eine Google-Suche und kurzweilig wie ein TikTok-Video.

Diese Ansprüche scheinen den „klassischen“ Formaten der politischen Bildung – also Vorträge mit anschließender Diskussion, Workshops mit Übungen in Kleingruppen etc. – diametral entgegen zu stehen. Und nicht nur das: Auch den Ergebnissen der Bildungsforschung zufolge sind frontale Prä-

in diesen Situationen Entscheidungen treffen, die sich auf die ideologische Entwicklung des Charakters auswirken.

Neben Serious Games bieten auch virtuelle Realitäten neue Möglichkeiten für die politische Bildung: So könnten Menschen, die nie Rassismus erfahren haben, dies in einer virtuellen Welt erleben und so vielleicht Empathie mit Betroffenen von Rassismus entwickeln.

Weil Schulstunden, in denen Menschen zu einer bestimmten Zeit zusammenkommen, für diese Form von frontaler Informationsvermittlung zu wertvoll sind, werden Konzepte wie „Flipped Classroom“ oder „Inverted Classroom“ (das umgekehrte Klassenzimmer) zunehmend populär

senzformate, bei denen Wissen durch eine Person vermittelt wird, nicht mehr zeitgemäß. Ein Vortrag, der ausschließlich der Informationsvermittlung dient, kann demnach genauso gut durch ein Video ersetzt werden, das zudem den Vorteil hat, dann angeschaut werden zu können, wenn die Lernenden gerade am aufnahmefähigsten sind. Weil Schulstunden, in denen Menschen zu einer bestimmten Zeit zusammenkommen, für diese Form von frontaler Informationsvermittlung zu wertvoll sind, werden Konzepte wie „Flipped Classroom“ oder „Inverted Classroom“ (das umgekehrte Klassenzimmer) zunehmend populär: Dabei wird die reine Wissensvermittlung außerhalb des Klassenraums erledigt, indem jede Schüler*in mithilfe ihres Computers oder mobilen Endgeräts die Inhalte dann aufnimmt, wenn es für sie am besten passt. Die Präsenzzeit im Klassenraum wird dann zur Vertiefung und Diskussion des Lernstoffes genutzt.

In der politischen Bildung ist es noch wichtiger als im Schulkontext, die Lernenden dort zu erreichen, wo sie sich freiwillig aufhalten – und das ist vor allem für jüngere Lernende das Internet. Vor diesem Hintergrund entwickelt die Bildungsstätte derzeit ein Computerspiel, das in Bildsprache und Handhabung jenen Spielen ähnelt, die bei Jugendlichen beliebt sind, sich aber mit gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzt: ein sogenanntes „Serious Game“. In unserem Fall wird der virtuelle Charakter mit Herausforderungen im Bereich rechtsextremistischer und islamistischer Radikalisierung konfrontiert und muss

Für eine zunehmende Digitalisierung der politischen Bildung sprechen aber nicht nur pädagogische, sondern auch praktische und nicht zuletzt finanzielle Überlegungen: Zwar können bei digitalen Formaten die anfänglichen Kosten für Hardware, Programme und Schulungen hoch sein – doch sobald ein digitales Format etabliert ist, lässt es sich automatisieren und beliebig reproduzieren. Zeit und Geld, die für Projektanträge, Reisekosten und andere Posten der „analogen“ Formate eingespart werden, können so in die Entwicklung neuer digitaler Angebote investiert werden. Zudem ist die Reichweite digitaler Angebote deutlich höher als die eines Workshops oder einer Fortbildung.

Digitale Formate haben also das Potenzial, die politische Bildungsarbeit grundlegend zu verändern – auch wenn viele Institutionen der politischen Bildung und auch Geldgeber bisher noch verhalten auf die neuen Formate reagieren. Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass politische Bildung dann am effektivsten ist, wenn sie die Bedürfnisse der Lernenden kennt und einen Zugang zu ihnen findet.



Dr. Deborah Schnabel
Stellv. Direktorin



Saba-Nur Cheema
Leiterin Bildung

Blick aus dem Fenster

Mit Beginn der Corona-Krise hat die Bildungsstätte Anne Frank Autor*innen und Künstler*innen gebeten, für ihre Reihe „Fensterblick“ den Alltag in Zeiten der Pandemie zu reflektieren.

Kreativ sein zu können inmitten der Krise – „das ist ja auch ein Luxus“, meint Reyhan Sahin, alias **Lady Bitch Ray**. Geflüchtete, Obdachlose oder Depressive – viele Menschen hätten gar nicht die Möglichkeit oder den Kopf dafür, kreativ zu sein, betont die Autorin, Rapperin und Linguistin in ihrer Videobotschaft „Corona-Quarantäne? This is how me do it!“ Die Bildungsstätte Anne Frank konnte dem Luxus des Innehaltens, Nachdenkens, Ideenspinnens auch in Pandemiezeiten Raum bieten. Schon im März 2020, unmittelbar nach Beginn der Ausgangsbeschränkungen, haben wir ein Format entwickelt, um Kulturschaffenden in der Krise eine Ausdrucksmöglichkeit zu geben und so zumindest ein kleines Gegengewicht zur Flut abgesagter Lesungen, Ausstellungen, Auftrittsmöglichkeiten zu bieten.



Lady Bitch Ray

Wie verändert sich die Perspektive, wenn sie zwangsläufig eingeschränkt wird? Was gerät aus dem Blick, was wird plötzlich wichtig? Mit diesen Fragen gingen wir auf Autor*innen und Künstler*innen zu und baten sie, einen Blick aus dem Fenster zu wagen – zu reflektieren über soziale Isolation, Perspektiven auf die Krise und das, was wir als Alltag verstehen.

Bis Ende April erschienen in der Reihe „Fensterblick“ mehr als ein Dutzend Videobeiträge auf den digitalen Kanälen der Bildungsstätte – mal melancholisch, mal polemisch, mal heiter. „Jetzt geht es los! Kein Strom, kein Internet, kein Fernsehapparat, keine Serien, kein Nichts!“, ruft Bestseller-Autorin **Sibylle Berg** stoisch aus dem Fenster gegen läutende Kirchenglocken an. Die Schriftstellerin **Berit Glanz** entwirft in ihrem Text „Corvus Corone“ eine Welt, in der Tiere den öffentlichen Raum erobern, den die Menschen zurückgelassen haben. Und der Sänger **Anil Altıntaş** greift innerfamiliäre Pandemie-Sorgen auf: „Birşey olsa arardım çoktan – wenn was wäre, hätte ich schon längst angerufen!“, singt er in seinem Song „Merak“.



Sibylle Berg



Anil Altıntaş



Berit Glanz

Zurückgeworfen auf sich selbst, verändert oder intensiviert sich zumindest der Blick aufs Ich und aufs Wir. „Die Dinge klingen plötzlich nach mehr“, stellt Autorin **Kristin Höller** bei einem akustischen Streifzug durch die eigene Wohnung fest. Und Schriftstellerin **Ronya Othmann** setzt der empfundenen Ereignislosigkeit des eigenen Alltags den nicht abreißen wollenden Nachrichtenfluss der weltweiten Krisen und Katastrophen, vom Elend der Geflüchteten auf Lesbos bis zur Lage politischer Gefangener in der Türkei entgegen: „Im Grunde hat sich nichts verändert, nur, dass ich jetzt die meiste Zeit zuhause sitze.“



Sophia Süßmilch



Ronya Othmann

So ziehen sich das Bewusstsein für eigene Privilegien, wie auch Marginalisierungserfahrungen und Empathie für die Nöte der anderen durch viele der gesprochenen oder gelesenen Texte, der Bild- und Klangcollagen oder musikalischen Kriseninterpretationen.

Da steht etwa die Schriftstellerin **Lena Gorelik** am Herd und kocht, sitzt in der Badewanne oder liegt bäuchlings auf dem Parkett und fragt sich: „Was weiß ich schon von anderen Menschen? Was weiß ich schon von jenen, die in viel kleineren Wohnungen mit viel mehr Menschen zusammengepfercht sitzen, die vielleicht gar keine Wohnung haben?“



Lena Gorelik

Romanautorin **Manja Präkels** stellt bei ihrem Blick aus den Fernstern nicht nur fest, dass sie diese mal wieder putzen müsste – sondern auch, wie die Corona-Krise bestehende soziale Ungleichheiten verschärft: „Eine Romni steht vorm Edeka. Wird weiträumig umkurvt. War schon vor Corona so. Ist schlimmer geworden. Es fehlt nicht mehr viel und einer schlägt ihr die Hand fort. Sie humpelt davon – in kein Zuhause.“



Manja Präkels

„Für meine Tochter“ erzählt Autorin **Marina Weisband** in ihrem von **Samira El Ouassil** eingelesenen Text von deutschen Normalitätsvorstellungen – und setzt diesen ihre Perspektive als jüdisches Einwandererkind aus Kiew entgegen: „Die Sozialisation in Westdeutschland in den frühen Neunzigern muss das wohl mit sich bringen – dieses Gefühl, dass alles im Wesentlichen immer so bleibt, wie es ist. Dass es, wenn es sich überhaupt verändert, eigentlich nur besser werden kann. Beneidenswert.“



Sibel Schick



Samira El Ouassil

Und ebenfalls an ein Kind gerichtet, an das eigene jüngere Ich, sagt Ingeborg-Bachmann-Preisträgerin **Sharon Dodua Otoo**: „Diese aktuelle Krise ist für mich zumutbar. Ich wollte dir eine Nachricht schicken, weil ich an dich gedacht habe. Ich habe an die vielen Kinder gedacht, die nicht die Möglichkeit haben gerade in die Schule zu gehen, eine Auszeit von zu Hause zu nehmen und ich wollte dir sagen, ich erinnere mich, wie es war. Ich würde dich gerne jetzt in den Arm nehmen. Ich würde dir gerne sagen, es wird besser.“



Sharon Dodua Otoo

Aus dem Ist-Zustand der Ausnahmesituation heraus entwickeln die vielfältigen Fensterblicke auf diese Weise auch Hoffnungen, Visionen, Utopien für eine bessere, gerechtere Gesellschaft. Oder formulieren zumindest Wünsche, wie es **Linus Giese** in seinem von **Hadi Khanjanpour** eingelesenen Text tut: „Was ich mir wünsche, während ich aus dem Fenster blicke: mehr Empathie miteinander, mehr Verständnis, mehr Wohlwollen, mehr Nachsicht, mehr Solidarität.“



Linus Giese



Hadi Khanjanpour



Marie-Sophie Adeoso
Stellvertretende Leiterin Kommunikation
& Veranstaltungsmanagement

FENSTERBLICK

... ist eine Reihe der Bildungsstätte Anne Frank mit Beiträgen von Manja Präkels, Marina Weisband & Samira El Ouassil, Sibylle Berg, Lena Gorelik, Lady Bitch Ray, Linus Giese & Hadi Khanjanpour, Sophia Süßmilch, Berit Glanz, Sibel Schick & Jasmina Kuhnke, Anil Altıntaş, Sharon Dodua Otoo, Elke Wittich, Kristin Höller und Ronya Othmann.

Alle Beiträge der Reihe Fensterblick lassen sich nachhören- und sehen auf dem YouTube-Kanal der Bildungsstätte Anne Frank.

• Bürgerkrieg im Wartezimmer

Sie ist die Hauszeitschrift der AfD und liegt in Arztpraxen und Bahnhofsbuchhandlungen ganz selbstverständlich neben „Spiegel“, „Brigitte“ und Co. aus: Die Normalisierungsstrategie von „Tichys Einblick“ geht voll auf.

OTHER STORIES



Seit 2015 gibt es „Tichys Einblick“. Die zunächst als Internetzeitung gegründete Publikation ging 2016 mit einer monatlich gedruckten Zeitschrift an den Markt. Roland Tichy war bis Ende 2014 Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“ gewesen. Schon in dieser Zeit hatte er sich mit Texten für das neurechte Blatt „eigentümlich frei“ politisch rechts profiliert, weshalb sein Wechsel vom Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“ zum Redakteur des Business-Netzwerks XING 2014 kurzzeitig für einen Sturm der Entrüstung sorgte. Ein Sturm, der sich schnell wieder legte: Die rechte Gesinnung Roland Tichys scheint kaum mehr Thema zu sein und seine Zeitschrift „Tichys Einblick“ ist fest im deutschen Mediensystem verwurzelt.

Der Kurs der AfD als publizistische Leitlinie

In breiten Teilen der Öffentlichkeit scheinen zwei Fehlannahmen vorzuherrschen: erstens, es handle sich bei „Tichys Einblick“ (im folgenden TE) um eine letztlich unbedeutende Nischenpublikation, die keiner besonderen Beachtung bedürfe; zweitens, dass hier im wesentlichen „wertkonservative“ oder gar „liberal-konservative“ (Selbsteinschätzung TE) Positionen abgebildet würden, ähnlich wie im „Focus“. Der Macht dieser beiden Fehlannahmen ist wohl der geringe Raum zuzuschreiben, den TE bisher in kritischen Behandlungen rechter Presseerzeugnisse einnimmt: Es gibt zur Drucklegung beispielsweise keinen Einzelartikel der Tagespresse, der sich systematisch mit TE befasst. Eine weitere Erklärung mag darin liegen, dass die sonst gern der „Meinungsfreiheit“ verschriebene Frankfurter Publikation kritische Berichterstattung mit Gerichtsbeschlüssen zu unterbinden pflegt. Dennoch ist es etwas verblüffend, dass die Hauszeitschrift der AfD in der Öffentlichkeit mit derart wenig Aufmerksamkeit bedacht wird. Das im wesentlichen inhaltsgleiche, lediglich etwas populistischer auftretende Magazin „Compact“ erfährt einen viel stärkeren Medienkommentar; auch die sich eher gehoben-rechtsintellektuell gebende, völkische „Sezession“ von Götz Kubitschek ist viel häufiger in den Schlagzeilen, obwohl sie eine im Vergleich zu TE geringe Reichweite besitzt.

Denn um nicht weniger als das AfD-Hausblatt handelt es sich: Fast kann der Kurs der AfD als publizistische Leitlinie des Blattes betrachtet werden; er wird im wesentlichen unkritisch, ja enthusiastisch aufgenommen, außer dort, wo er den Beiträger*innen nicht radikal genug erscheint. Es ist kein Zufall, dass Roland Tichy zusammen mit Alice Weidel, Peter Boehringer und Beatrix von Storch Mitglied der Hayek-Gesellschaft ist. Es ließe sich wahrscheinlich ohne Weiteres feststellen, dass TE die gemeinsame Plattform von AfD und „Werteunion“ darstellt, mit weit nach rechts offener Flanke: Die meisten Forderungen und Positionen sind nicht nur im Tonfall radikaler als das AfD-Programm. Der für rechte Publikationen eher ungewöhnliche Marktradikalismus von TE erzeugt zudem eine starke Nähe zur FDP, neben dem ehemaligen Bundestagsmitglied Frank Schäffler treten auch Nicola Beer, Albert Duin oder Gerd Buurmann im Blatt auf.

Ein unbemerktes Medienimperium

Auch sonst gibt es keinen Anlass, TE zu unterschätzen. Die „Nischenpublikation“, angesiedelt im Münchner „Finanzen Verlag“ („Euro“, „Börse online“), ist an jedem Bahnhofskiosk zu erhalten;

OTHER STORIES

viele Arztpraxen beziehen sie inzwischen über die verschiedenen „Lesezirkel“. Der hervorragend gepflegte Youtube-Kanal kommt auf 108.000 Abonnenten und ca. 15,9 Millionen Aufrufe. Im Verlag von TE erscheinen jedes Jahr zahlreiche Bücher, Podcasts und Hörbücher von TE-Autor*innen. Es handelt sich inzwischen um ein kleines Medienimperium, das rein zahlenmäßig diverse Traditionsverlage bereits in den Schatten stellen dürfte – und doch nahezu unbeachtet vom Rest der Öffentlichkeit agiert.

„Harmlose“ Autor*innen stützen eine „harmlose“ Außendarstellung – während sich im Blattinneren die Hardliner austoben

Der Ruf als konservatives Wirtschaftsmagazin dient TE dabei effektiv als Feigenblatt; die Marke „liberal-konservativ“ ist offenbar so stark, dass sie sogar von den offensichtlich rechten Inhalten der Zeitschrift nicht erschüttert wird. So reagieren die Mediziner*innen, die die Publikation im Paket mit anderen Zeitschriften über Lesezirkel beziehen, meist entsetzt, wenn man sie auf die im Blatt vertretenen Inhalte anspricht. Nach außen fährt TE eine erfolgreiche „Normalisierungsstrategie“, will als Teil des normalen Meinungsspektrums gelten, um so ihre Botschaften in die gesellschaftliche Mitte zu tragen. Im Impressum von TE finden sich Gastbeiträge prominenter Einzelautor*innen, die diesen Eindruck verstärken: „Mainstream“-Konservative wie der beliebte TV-Moderator Peter Hahne oder die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder geben sich hier ebenso ein Stelldichein wie der abgründige grüne Oberbürgermeister von Tübingen Boris Palmer oder die stellvertretenden Bundestagspräsidenten Hans-Peter Friedrich und Wolfgang Kubicki. Die Strategie, durch einen „harmlosen“ Ruf „harmlose“ Autor*innen anzuziehen, deren Beiträge wiederum die harmlose Außendarstellung stützen, während sich im Blattinneren die Hardliner austoben, scheint voll aufzugehen. Sogar die „Bundeszentrale für politische Bildung“ hat „Tichys Einblick“ in ihre ständige Presseschau übernommen.

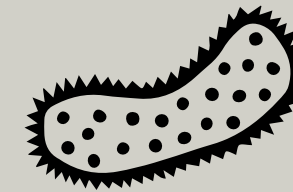
Geflüchtete und Muslim*innen werden als Bedrohung gezeichnet

Dabei handelt es sich bei „Tichys Einblick“ um ein Forum, in dem zahlreiche Akteur*innen der politischen Rechten aus den unterschiedlichsten Milieus Heimat finden. Da sind diejenigen, die aus dem Mediensystem „gefallen“ sind, wie etwa der ehemalige Journalist Matthias Matussek, der mittlerweile mit der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ sympathisiert und eine Kolumne für TE verfasst. Es sind darunter rechte Stammautor*innen, die sich durch Publikationen auf „Achse des Guten“ (Tamara Wernli), „eigentümlich frei“ (Frank Schäffler) oder „Junge Freiheit“ (Josef Kraus) hervortun. Von Anfang an dabei waren Birgit Kelle, Norbert Bolz, der AfD-Redner Imad Karim oder der ehemalige ZDF-Moderator Wolfgang Herles.

Die Artikel des Blattes lassen keinen Zweifel darüber, wo das Interesse der Redaktion liegt: Alles ist bestimmt vom Diskurs über Geflüchtete. Das Jahr 2015 wird als Schicksalsjahr inszeniert, das Deutschland von Grund auf verändert habe. Ausfälle gegen Feminist*innen, Muslim*innen, LGBTQ* („Genderismus“), NGOs, die Mehrheit der Klimaforschung und den „Sozialismus“ (worunter nahezu alle Positionen links von der AfD verstanden werden) verdichten sich zu einem Tableau vom „gespaltenen Land“, in welchem bald bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen werden. Vor allem Geflüchtete und Muslim*innen ziehen besondere Feindseligkeit auf sich; ihre pure Existenz wird, in ständiger Anlehnung an den im Blatt verehrten Thilo Sarrazin, als Bedrohung für Europa gezeichnet. Der bevorstehende Bürgerkrieg könne nur durch ein Bündnis aller konservativen Kräfte verhindert werden und sei nicht ohne Einschränkung der Rechte von Minderheiten zu haben; dies sei aber angesichts des bevorstehenden Staatszerfalls das geringere Übel. Die CDU müsse nun ihre Berührungängste gegenüber der AfD aufgeben und die Positionen der Werteunion zur Parteilinie machen, um Deutschlands Schwinden in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit aufzuhalten. Dieses Metanarrativ durchzieht nahezu alle bisher erschienen Ausgaben der Print-Zeitschrift, wobei schwer zu sagen ist, ob die Online- oder die Print-Ausgabe sich hier radikaler artikuliert.

Gelegentlich wird auch ein größeres Publikum auf die menschenfeindlichen Ansichten im Blatt aufmerksam. Ende Juni 2020 lässt sich Wolfgang Kubicki (FDP) im Zuge der BLM-Proteste von TE zitieren: „Ich sage weiter N***-kuss.“ Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki empfiehlt, sich nicht einschüchtern zu lassen und bleibt beim Z***-Schnitzel“, allseitige Empörung tobt durch die sozialen Medien. Doch eine weitergehende Ächtung des Blattes bleibt aus. Die Strategie, den Nimbus eines Wirtschaftsmagazins zu wahren (der

Geschichts- revisionismus gehört dabei zu den für Tichys Einblick üblichen Verfahren



Wirtschaftsteil des Print-Magazins ist tatsächlich recht kompakt) und prominente Mainstream-Konservative auf die Titelseite zu heben, scheint auch hier zu fruchten – solche geschickt platzierten „Aufreger“ werden in der Öffentlichkeit als Ausrutscher verbucht.

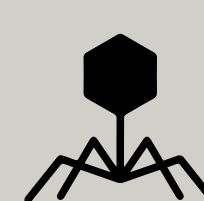
Geschichtsrevisionismus gehört dabei zu den für TE üblichen Verfahren: Es ist für den Herausgeber Tichy zum Beispiel kennzeichnend, sich im Editorial seiner Zeitschrift mit verfolgten Juden zu vergleichen; an einer Stelle behauptet er gar, jüdische Bekannte hätten angeboten, ihn zu verstecken, wenn die „Verfolgung“ des erfolgreichen Medienunternehmers noch stärker würde (TE 4/20). Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Arnold Vaatz, empörte sich in einem Gastbeitrag für TE gegen die behördlichen Auflagen für die Corona-Proteste: „Bei Nazis war es Sippenhaft, im Deutschland von heute ist es Kollektivhaft.“ Im Jahr 2017 erscheint ein Interview mit dem Historiker Egon Flaig, der zuvor öffentlich eine „Sakralisierung der Shoah“ beklagt hatte: „Wer wird bestreiten, dass das Warschauer Ghetto ‚singulär‘ war? Aber jede einzelne Krankheit meines Großvaters war es ebenso. Sogar der Rotz in meinem Taschentuch ist singulär.“ (Flaig im „Merkur“ 2007). In TE lässt sich Flaig suggestiv fragen, warum „eine Gemeinschaft gegenüber menschenfeindlichen Religionen und Ideologien wie dem Islam, [Feindschaft] nicht nur hegen dürfe, sondern hegen müsse“. Flaig: „Weil auf andere Weise die gemeinsame Werte nicht zu verteidigen sind. Für Werte einstehen heißt, entgegengesetzte Werte abzulehnen, nötigenfalls mit hohem Einsatz und kriegesischen Mitteln.“ Für Frankreich sieht Flaig im selben Interview einen durch den muslimischen Bevölkerungsanteil motivierten „Bürgerkrieg“ drohen, der nur durch „Ausbürgerungen im großen Stil“ zu verhindern sei. Auch auf andere Weise betreibt TE Geschichts-

revisionismus light: Der Historiker Jörg Baberowski, bekannt als Apologet der These Ernst Noltes, die stalinistische Gewalt sei das logische und faktische Prius der NS-Vernichtungspolitik gewesen, darf einen literarischen Fragebogen à la Marcel Proust ausfüllen. Auch dies eine typische Strategie von TE: Wo man radikale, revisionistische Thesen nicht direkt wiedergeben kann oder will, wird stattdessen die Person dahinter abgefeiert.

„Drohender Bürgerkrieg“ ist, wie schon erwähnt, wiederkehrendes Thema zahlreicher Einzelartikel; dabei ergehen sich die Autor*innen in einer derart martialischen Sprache, dass sich fragen lässt, ob sie einen Bürgerkrieg wirklich fürchten oder nicht vielmehr ersehnen. In einem Leitartikel zur „Identitätspolitik“ schreibt Roland Tichy im Juni 2020: „Mittlerweile irrt man zwischen den Fronten herum, ständig von Kugeln aus Schützengräben bedroht, die man noch vor kurzem als den ‚eigenen‘ betrachtete: Gerade hat man den Vorwurf ‚Klimaleugner‘ überlebt ... und endlose Kolonnen von Fridays for Future durchgestanden, ... da droht schweres Feuer von den vorwärtstürmenden Truppen der Anti-Rassismusbewegung.“ Völlig verzaubert von dem Begriff „Sturmtruppen“ sieht Tichy im selben Artikel weitere „Sturmtrupps“ „unter der Fahne des



„Drohender Bürgerkrieg“ ist, wie schon erwähnt, wie- derkehrendes Thema zahlreicher Einzel- artikel; dabei ergehen sich die Autor*innen in einer derart marti- alischen Sprache, dass sich fragen lässt, ob sie einen Bürgerkrieg wirklich fürchten oder nicht vielmehr ersehnen



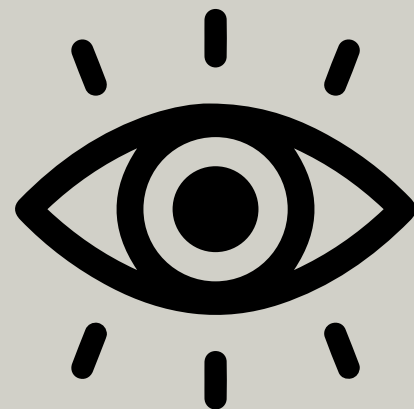
„Genderismus“ aufmarschieren, nicht ohne hier wieder Bürgerkrieg zu wittern: „Es erinnert an den marxistischen Klassenkampf; da gab es auch nur die Unterdrücker und die Unterdrückten. Bekanntlich endete der Kampf der Unterdrücker gegen die Unterdrückten mit mehreren hundert Millionen Toten, unendlichem Leid und nicht zählbaren wirtschaftlichen und sozialen Opfern.“ Der unermüdlich das Internet vollschreibende Publizist sieht seine Meinungsfreiheit bedroht, ein Umstand, dem er anscheinend nur mit rassistischen Schmähungen Herr werden kann: „Da sie privilegiert sind, sollen Weiße schweigen und in den Medien ausschließlich zugereisten Dunkelhäutigen das Wort erteilt werden.“

Der unermüdlich das Internet vollschreibende Publizist sieht seine Meinungsfreiheit bedroht, ein Umstand, dem er anscheinend nur mit rassistischen Schmähungen Herr werden kann

In einem anderen Aufsatz glaubt Tichy Deutschland knapp vor der Diktatur: „Von einer freien Presse kann damit in Deutschland nur noch eingeschränkt die Rede sein. Was passiert, wenn Medienunternehmen abhängig sind, zeigt sich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Die Regierungsnähe ist unübersehbar. Sowohl in Nachrichten wie in Talkshows werden Regierungsvertreter bevorzugt; Oppositionsvertreter erfüllen lediglich eine Feigenblattfunktion. Die Abwendung vom Zuschauerinteresse ist jederzeit beobachtbar.“ Dem steht anscheinend nicht entgegen, dass in TE ständig hohe CDU/CSU-Funktionär*innen hofiert werden, die in Tichys Weltbild offenbar nicht zur Regierungspartei gehören.

Geld von Arisierungspolizeiprofiten

Die Finanzierung des Blattes ist ebenfalls für Überraschungen gut. Die verkaufte Auflage liegt laut eigenen Angaben bei 18.491 Expl. (IVW II/2020), der Verkaufspreis bei 8,90 EUR. Opolente Interviews und teure Gastbeiträge erwecken gelegentlich den Eindruck, das Blatt würde im Geld geradezu schwimmen. Gleichzeitig ruft die Webseite die Leser*innen verzweifelt zu Spenden auf – für ein Wirtschaftsmagazin, das immer auch Finanztippis veröffentlicht, eine gewiss einzigartige Strategie. Die Anzeigen sind eher dünn gesät: Es sind überwiegend Eigenannoncen für weitere Produkte des Verlags oder seiner Medienpartner*innen. Ins Auge fallen die regelmäßigen Anzeigen der „Deutschen Familienversicherung“ und vor allem der „Degussa Goldhandel“ – jener Firma des Milliardärs August von Finck, die den Goldhandel aus der Gründungsphase der AfD abwickelte. Die Familie Finck, frühe Förderer Hitlers und Arisierungspolizeiprofiten, tritt heute als Unterstützerin der AfD und rechter Vereine auf. Zuletzt bekannt wurde sie durch den



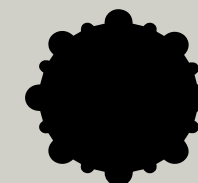
Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor und dessen Versuch, die zusammen mit August von Fincks Sohn gegründete (und wohl auch nach ihm benannte) Firma „Augustus Intelligence“ mit Aufträgen der Bundesregierung zu versorgen.

Eine Schlüsselfigur in diesem Universum ist dabei der immer wieder auch als TE-Autor auftretende Markus Krall, CEO und Sprecher der Geschäftsführung Degussa Goldhandel GmbH seit 2019. Der u.a. von der AfD Sachsen und Schleswig-Holstein, aber auch von der Hayek-Gesellschaft angefragte Redner vertritt Positionen, die das Grundgesetz in seiner Substanz in Frage stellen. So plädiert er für eine Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts;

Empfänger*innen von Transferleistungen sollen nicht mehr wählen dürfen. In seinem Buch „Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten“ (2020) orakelt er von einer bevorstehenden „Großkrise“, Freiheitsrechte und Marktwirtschaft würden erodieren, Deutschland in einen planwirtschaftlichen Staatsmonopolkapitalismus schlittern, ähnlich wie schon in „Verzockte Freiheit: Wehrt euch! Politiker und Finanz-Eliten setzen unsere Zukunft aufs Spiel“ (2014). Nebulöse, strukturell antisemitische Andeutungen über „Finanz-Eliten“ lösen sich ab mit Leugnungen des Klimawandels und Warnungen vor einem drohenden Sozialismus: die „tiefsitzende Störung“ dessen

Ein neurechtes Medienimperium, in welchem sich Konservative und Ultrarechte auf die Schulter klopfen, vom Bürgerkrieg träumen und das allgemeine Wahlrecht abschaffen wollen

Anhänger*innen führe zwangsläufig zu Völkermord, Regierungen seien korrupt, unfähig und „spirituell“ betrachtet böse. Bemerkenswert, wie ein Wirtschaftsmagazin, das in einem „Finanzen Verlag“ erscheint und in welchem ständig Millionäre und Investment-Profis publizieren, Autoren zu Wort kommen lässt, die vor „Finanz-Eliten“ warnen – ein Paradox, das nur dann aufgeht, wenn man „Finanz-Eliten“ als antisemitisches Dogwhistling, als Chiffre für Jüdinnen und Juden, versteht.



Epilog

Dieser Artikel zeigt nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Universum von „Tichys Einblick“. Ein neurechtes Medienimperium, in welchem sich Konservative und Ultrarechte auf die Schulter klopfen, vom Bürgerkrieg träumen und das allgemeine Wahlrecht abschaffen wollen; in welchem rassistische Hetze und raunender Antisemitismus zur Blattlinie gehören und ein Geschichtsrevisionismus light zelebriert wird, etabliert sich durch geschicktes Marketing als Teil des legitimen konservativen Meinungsspektrums. Einrichtungen, die vor „Compact“ und „Sezession“ warnen, sollten in unseren Augen jedenfalls nicht von „Tichys Einblick“ schweigen.



Oliver Fassing
Bildungsreferent



Leo Fischer
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Pascal Runkel
Mitarbeiter
Öffentlichkeitsarbeit

Wie extremistisch ist der Extremismus- ansatz?



**Rassismus und Antisemitismus
im Verständnis führender
Vertreter des Hufeisen-Modells**

Es gibt viele Möglichkeiten, eine Einrichtung zu benennen, die sich mit der Förderung von Demokratie, Grund- und Menschenrechten befasst. Etwa nach einem Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, wie im Falle der Bildungsstätte Anne Frank. Man kann sie sich aber auch nach einem ehemaligen Wohnsitz Hermann Görings benennen. So gründeten die bundesweit führenden Köpfe des Extremismusansatzes, Eckhard Jesse und Uwe Backes, 1990 gemeinsam mit Rainer Zitelmann den „Veldensteiner Kreis zur Erforschung von Extremismus und Demokratie“, der bis heute aktiv ist. Wer denkt bei Demokratie nicht gleich an Göring?

Warum Jesse und Backes, die für diverse staatliche Institutionen und Vertreter*innen des demokratischen Rechtsstaates tätig sind, ihren Arbeitskreis so benannt haben, ist völlig unklar. Vertreter*innen des Extremismusansatzes, das ist bekannt, sehen die freiheitlich-demokratische Grundordnung von Extremist*innen jeglicher Richtung und Couleur bedroht. Tendenziell werden Links- und Rechtsextremismus gleichgesetzt, während die „Mitte“ in ihren Anschauungen unhinterfragt bleibt.

Bundesweite Aufmerksamkeit erreichten Backes und Jesse als Sachverständige in den NPD-Verbotsverfahren, die bekanntlich erfolglos verliefen. Schon zum ersten Verfahren notierte Heribert Prantl in der „Süddeutschen“, dass hier womöglich der Bock zum Gärtner gemacht worden sei, weil die Gutachter vor allem „durch Bagatellisierung rechtsextremer Umtriebe aufgefallen“ (SZ vom 06.02.2002) seien. Nichtsdestotrotz fanden und finden die Arbeiten von Jesse und Backes nach wie vor große Verbreitung, z. B. über die Bundeszentrale für politische Bildung, das Bundesinnenministerium oder den Verfassungsschutz. Beide berieten auch die damalige Bundesministerin Kristina Schröder, die die Extremismusklausel für die Förderung politischer Bildung einführen wollte. Dies scheiterte zwar am Widerstand zahlreicher Träger in der politischen Bildungsarbeit – für die großen Programme zur Demokratieförderung hat sich dennoch eine Förderstruktur entlang der Logik des Extremismusansatzes durchgesetzt (vgl. Kahmann/Grimm 2018: 30).

Linksextremismus nimmt das Grundgesetz zu ernst

Wo die Gefahr des Extremismus von allen Seiten so sehr im Zentrum steht, ist es wohl gestattet zu fragen, wie es mit den Ansichten der beiden Extremismusforscher selbst aussieht. Hier geben ihre wissenschaftlichen Texte beredte Auskunft. So legt Uwe Backes in seinem extremismustheoretischen Grundlagenwerk „Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten“ dar, wie er etwa zum Gleichheitsgrundsatz steht, einem

zentralen Prinzip des Grundgesetzes. Die Ablehnung universeller Gleichheit stellt für ihn ein Merkmal des Rechtsextremismus dar, in welchem er sich vom Linksextremismus unterscheidet. Zum Linksextremismus heißt es, dieser teile „das Ethos fundamentaler Menschengleichheit mit den Vertretern der demokratischen Verfassungsstaaten, hypostasiert das – auch empirisch verstandene – Prinzip der Gleichheit jedoch zur politischen Fundamentalnorm“ (Backes 1989: 286).

Demnach ist es also extremistisch und verfassungsgefährdend, wenn man das Gleichheitsprinzip so ernst nimmt, dass man es auch empirisch versteht – und seine Umsetzung an realen gesellschaftlichen Verhältnissen bemisst. Oder kurz: Wer auf seiner verfassungsrechtlich garantierten Gleichheit besteht, ist genauso schlimm wie jene, die Gleichheit allgemein ablehnen.

Auch an anderer Stelle gilt Backes die „fundamentale Menschengleichheit“ zwar als „Lackmuspapier für die Unterscheidung der ‚rechten‘ und der ‚linken‘ Variante des politischen Extremismus“ (Backes 1989: 265). Die Gleichheit der Menschen sei darüber hinaus zwar auch eine ethische Grundnorm des demokratischen Verfassungsstaates, aber – das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sei „vollkommen unabhängig“ (ebd.) vom Prinzip menschlicher Gleichheit. Interessant: Wer die Maßstäbe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an den demokratischen Staat und seine Politik anlegt, ist schon extremistisch? Und diese Prinzipien gelten für den Rechtsstaat, den es zu schützen gilt, nicht, weil er „vollkommen unabhängig“ vom Prinzip der fundamentalen Menschengleichheit ist?

Ein Rechtsstaat ohne Gleichheit?

Gern wehren sich Backes oder Jesse gegen den Vorwurf der Gleichsetzung von links und rechts. Wie im Beispiel deutlich, vermögen sie theoretisch zwischen links und rechts durchaus zu unterscheiden, messen dieser Unterscheidung aber praktisch kaum Bedeutung zu: „Aus dem Blickwinkel des demokratischen Verfassungsstaates erscheinen auch gravierende Unterschiede zwischen den Extremismen sekundär, denn sie alle haben das Ziel seiner Eliminierung auf ihre Fahnen geschrieben. Die Frage erhebt sich daher um so dringlicher, welche (geistigen) Mechanismen diese gemeinsame Frontstellung allem prinzipiellen Dissens zum Trotz

Die Bedrohung des Antisemitismus besteht bei Jesse nicht für die, gegen die er sich richtet, sondern für die, die ihn infrage stellen

bewirken“ (Backes 1989: 111). Backes verteidigt daher auch das bekannte Hufeisen-Modell: Es trage „der Tatsache Rechnung, dass die Grenzlinie zwischen politischem Extremismus und demokratischem Verfassungsstaat für die Bewertung politischer Phänomene von größerer Bedeutung ist als die jeweilige Stellung auf der Rechts-Links-Achse“ (Backes 1989: 251).

Rassismus-Vorwurf „zu einer Waffe degeneriert“

Wie ernst es Backes mit dem Gleichheitsgrundsatz ist, wird an seinen Ausführungen zu Rassismus deutlich. Den Begriff hält er für die wissenschaftliche Verwendung für ungeeignet, weil er „spätestens seit Auschwitz mit starken moralischen Wertungen belegt“ (Backes 1989: 227) und „seither zu einer Waffe degeneriert [sei], die undifferenziert gegen missliebige politische Kräfte eingesetzt wird“ (ebd.). Von Rassismus will er erst sprechen, wenn es sich um eine Haltung gegenüber Fremden handelt, die „aus einem elaborierten Überzeugungssystem resultiert“ (ebd.). Davon unterscheidet er „den sogenannten ‚Rassismus‘“ – in Führungszeichen –, „die quasi, natürliche‘ Abneigung des Provinzlers gegenüber dem Fremden“. Setzt er „natürlich“ zunächst noch in Führungszeichen, schreibt er auf der nächsten Seite bereits von einer „naturgegebenen sozialpsychologischen Disposition“ (ebd.: 228).

„Schlagetot-Begriff ‚Antisemit‘“

Auch im von Backes und Jesse gemeinsam mit Rainer Zitelmann herausgegebenen Sammelband mit dem bezeichnenden Titel „Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus“ finden sich solche Relativierungen zuhauf. In seinem Beitrag „Philosemitismus,

Antisemitismus und Anti-Antisemitismus. Vergangenheitbewältigung und Tabus“ befasst sich Eckhard Jesse vorgeblich mit Antisemitismus in Deutschland – in Wirklichkeit will er vor allem den Antisemitismusvorwurf als solchen loswerden. Im Folgenden werden nur einige Aspekte beleuchtet; der Artikel ist als Beispiel für Erinnerungsabwehr und sekundären Antisemitismus aber durchaus in Gänze lesenswert.

Jesse äußert sich zu empirischen Studien über Antisemitismus, kritisiert diese z. B. hinsichtlich eines unpräzisen Antisemitismusbegriffs und fragt dann unvermittelt: „Machen manche Juden im Hinblick auf den ‚Antisemitismus‘ gar eine Art Definitionsmonopol geltend? ‚Betroffenheit‘ kann Sensibilisierung begünstigen, jedoch auch Emotionalisierung“ (Jesse 1990: 545). Im Weiteren behauptet er, Kritiker des Antisemitismus argumentierten „um so lautstärker und unbarmherziger“, „je schwächer er in Wirklichkeit ist“ (ebd.). Wer auf die Gefahren des Rechtsextremismus hinweist, baue damit nur einen „Popanz“ auf und würde ihn angeblich noch befördern. Und warum das Ganze? Jesse weiß es: zur Durchsetzung der Interessen jüdischer Organisationen (vgl. ebd. 545f.).

Politischer Protest gegen Personen in öffentlichen Ämtern, die sich antisemitisch geäußert haben, gilt ihm als völlig überzogen. Seine Beispiele lassen tief blicken: So hält er es zwar für unvernünftig, dass der Bürgermeister der Kleinstadt Korschenbroich in Gesprächen über den Etat sagte, „zum Ausgleich des Gemeindehaushalts ‚müsste man schon einige reiche Juden erschlagen‘“ (ebd.: 544), betrachtet das aber nicht als jüdenfeindlich und hält die Kritik für „geradezu hysterisch“. Auch bei der Aussage des CSU-Abgeordneten Fellner, „Juden seien immer dann zur Stelle, wenn es ums Geld geht“ (ebd.), richte sich die Kritik laut Jesse „natürlich nicht“ gegen „die‘ Juden“ (ebd.: 545). „Allein die Betonung dieser Selbstverständlichkeit“ verdeutliche „den verkrampten Umgang mit der Thematik“ (ebd.).

Es überrascht nicht, dass Jesse Historiker*innen, die mit Blick auf den Historikerstreit die westdeutsche Geschichtswissenschaft dahingehend kritisieren, dass sie den „Streit über historische Thesen nicht ohne Rücksicht auf die Empfindungen der Opfer des Nationalsozialismus“ führen sollten, ihre Wissenschaftlichkeit abspricht und ihre Kritik als „volkspädagogische Argumentation“ abtut (vgl. ebd.: 547).

Die bundesdeutsche Erinnerungskultur gilt Jesse als „selbstquälerische Form der Vergangenheitsbewältigung“ (ebd.: 543), die sich negativ auf die politische Kultur der Bundesrepublik auswirke. Durch den Text zieht sich der Tenor, dass man über Juden nichts sagen dürfe und überall Tabus

wirkten. Für wie bedrohlich er diese Tabus hält, zeigen seine militaristischen Metaphern, die den Schuldabwehrantisemitismus gewissermaßen noch um die Gefahrenumkehr erweitern: Die Bedrohung des Antisemitismus besteht nicht für die, gegen die er sich richtet, sondern für die, die ihn infrage stellen oder sich überhaupt über Juden äußern: „Offenkundig ist: Wer über Juden in noch so löblicher Absicht redet, bewegt sich auf ungesichertem Terrain, auf einer Art Minenfeld.“ (Ebd.: 553) Noch drastischer kommt das in der Formulierung vom „Schlagetot-Begriff ‚Antisemit‘“ zum Ausdruck, der angeblich dann „die Runde macht“ (ebd.: 554), wenn Israel kritisiert werde.

Es findet sich aber auch Schuldabwehrantisemitismus – denn Jesse weiß, wer schuld am Antisemitismus ist: „Auf Dauer dürfte Judenfeindlichkeit nicht zuletzt gerade wegen mancher Verhaltensweisen von Repräsentanten des Judentums an Bedeutung gewinnen“ (ebd.: 554).

Der Antisemitismusvorwurf sei die eigentliche Bedrohung

Fazit: Wer sich für das im Grundgesetz verankerte Gleichheitsprinzip einsetzt und den Staat dafür kritisiert, dieses angesichts real bestehender Ungleichheiten nicht umzusetzen, gilt den Vordenkern des Extremismusansatzes als linksextremistisch. Wer den Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem erachtet, wer Rassismus und Antisemitismus kritisiert oder von Diskriminierung Betroffene ernst nimmt, gilt entweder auch als linksextremistisch oder zumindest als unsachlich und unwissenschaftlich. Wer jüdisch ist, sollte ohnehin besser still sein und sich vor allem nicht anmaßen, beurteilen zu können, was als antisemitisch gilt.

Erstaunlich der Respekt, den Backes und Jesse nach wie vor in wissenschaftlichen und politischen Kreisen genießen. Es stellt sich auch die Frage, wie das Hufeisen-Modell nicht schon durch seine Befürworter diskreditiert werden konnte.

Literatur:

Backes, Uwe (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten*. Opladen.

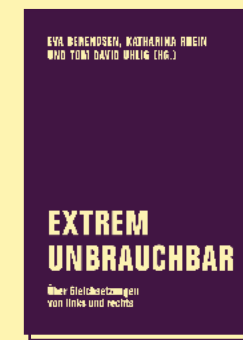
Grimm, Marc/Kahmann, Bodo: *Wissenschaft im Dienst der Erinnerungabwehr. Extremismusforschung und Vergangenheitsbewältigung in der Geschichte der Bundesrepublik*. In: Philip Baron, Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hg.): *Das Extremismusmodell – Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit*. Düsseldorf 2018, S. 27–32.

Jesse, Eckhard (1990): *Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus. Vergangenheitsbewältigung und Tabus*. In: Ders., Uwe Backes,

Rainer Zitelmann: *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus*. Frankfurt a.M./Berlin, S. 543–567.



Katharina Rhein
Co-Leiterin der Forschungsstelle
NS-Pädagogik an der Goethe-
Universität und Mitherausgeberin
von „Extrem unbrauchbar“



Extrem unbrauchbar.
Über Gleichsetzungen von Links und Rechts
Katharina Rhein, Tom Uhlig, Eva Berendsen (Hg.)

Wolfgang Wippermann, Dana Ionescu,
Robin Koss, Ingolf Seidel, Lillemor Kuht, Jonas
Fedders, Paula Irmschler, Meron Mendel u. a.

Verbrecher Verlag
Edition Bildungsstätte Anne Frank 2019

Preis: 19,00 €

Ausstellen? Abstellen!



Illustration:
Lena Ziyal

Wie lässt sich Kolonialrassismus ausstellen, ohne koloniale Logiken zu reproduzieren? Wer erzählt wessen Geschichte – und für wen? Jeanne Nzakizabandi und Isa aus dem vierköpfigen Kurator*innenteam der Sonderausstellung „Hingucker? Kolonialismus und Rassismus ausstellen“ erzählen von der Konzeption einer Ausstellung, die das Ausstellen selbst zur Diskussion stellt.

Wie war Eure Herangehensweise bei der Konzeption?

Jeanne: Die Entstehung der Ausstellung war sehr explorativ und prozesshaft. Fest stand am Anfang eigentlich nur, dass der Schwerpunkt auf anti-Schwarzem Rassismus liegen sollte – und dass die Perspektive eine widerständige sein sollte. Beeinflusst haben uns dabei sicherlich auch aktuelle Debatten, etwa um den postkolonialen Theoretiker Achille Mbembe und um die Ermordung George Floyds durch Polizisten. Wir haben uns mit der Ausstellung gewissermaßen auch zu diesen Debatten positioniert.

„Die zentrale Frage war, wie man Kolonialrassismus thematisiert, ohne koloniale Logiken zu übernehmen, bei denen Menschen objektiviert und dehumanisiert werden“

Isa: Die zentrale Frage war, wie man Kolonialrassismus thematisiert, ohne koloniale Logiken zu übernehmen, bei denen Menschen objektiviert und dehumanisiert werden. Wenn man Bilder aus der Perspektive der ehemaligen Kolonialisten verwendet, reproduziert man damit unweigerlich deren gewaltvollen Blick: Dabei werden das Leid der Kolonisierten sowie ihre Körper fetischisiert, sie selbst gar nicht mehr als Menschen anerkannt. Unser Ziel war es, diese Logiken zu brechen.

Wie habt Ihr das konkret gelöst?

Isa: Von „gelöst“ würde ich gar nicht sprechen, eher vom Versuch, den unsichtbar gemachten Positionen der Kolonisierten und deren Nachfahren einen Raum zu geben. Die Grundidee dabei war, den Aspekt des Ausstellens selbst zu thematisieren: Es geht nicht nur ums Anschauen, sondern darum, die eigene Position und Perspektive in Frage zu stellen.

Jeanne: Ein Beispiel aus der Ausstellung sind die sogenannten „Völkerschauen“ aus dem frühen 20. Jahrhundert. Wir zeigen Postkarten einer Völkerschau von 1905, aber abgebildet sind nicht die Ausgestellten, sondern man sieht eine gaffende Masse von hinten. Hier wird damit gespielt, wer ausgestellt wird und wer wen anschaut: An einer anderen Station muss die Zuschauerin zudem durch ein Loch gucken, was sie in die Position einer Voyeurin bringt und die Reflexion über die eigene Perspektive nahelegt.

Es ist also nur scheinbar ein Dilemma, dass man koloniale Gewalt offensichtlich zeigen muss, um diese Gewalt besprechbar zu machen – die Frage ist vielmehr, wie man diese Gewalt darstellt.

Isa: Wichtig war auch, die Entwicklung von der kolonialen Unterdrückung zum postkolonialen Diskurs in der Ausstellung abzubilden. Mit dem postkolonialen Diskurs befreien sich die ehemals Kolonisierten selbst, indem sie sich eine Stimme erkämpfen und den Blick umdrehen.

Worauf bezieht sich der Titel „Hingucker“?

Jeanne: Dieses Wortspiel kam uns anfangs ein wenig geschmacklos vor: Die gewaltvollen Bilder von Kolonialisierten flapsig als „Hingucker“ zu bezeichnen, fanden wir zunächst unpassend. Nach einigen Diskussionen im Kurator*innenteam gefiel uns allen die Doppeldeutigkeit immer besser: Denn die „Hingucker“ sind ja nicht nur die Ausgestellten, sondern auch diejenigen, die mit einem exotisierenden Blick auf die Bilder schauen. Auch die Besucher*innen der Ausstellung werden mit der Frage konfrontiert, wie sie das Gezeigte anschauen – und aus welchen Gründen.



Jeanne Nzakizabandi
Kuratorin



Isa
Kurator

HINGUCKER? KOLONIALISMUS UND RASSISMUS AUSSTELLEN

Die Ausstellung „Hingucker? Kolonialismus und Rassismus ausstellen“ ist von September 2020 bis Februar 2021 in der Bildungsstätte Anne Frank zu sehen.

→ bs-anne-frank.de/hingucker

„Wer entscheidet, ob das weg kann?“

Ein Interview mit Deborah Krieg über Rassismus im Kulturbetrieb

Eine Besucherin des Museum Städel hat eine heftige Debatte angestoßen. Gegenstand ist das Gemälde „Ziegeln***“ aus dem Jahr 1981. Nun gibt es harsche Kritik am Inhalt des Bildes und vor allem des Rassismus reproduzierenden Titels. Es wurde demonstriert. Forderungen, das Bild abzuhängen – oder zumindest die rassistische Szene zu kontextualisieren – wurden laut. Auf der „Gegenseite“ verteidigten viele Georg Herolds Werk als politisch, in seinem Anspruch gar anti-rassistisch. Auch das Städel selbst reagiert und plädiert für eine Betrachtung des Werkes in seinem historischen Kontext: Das Bild sei unabdingbar für eine Diskussion über Rassismus und Kunst.

Deborah Krieg konzeptionierte die Dauerausstellung „Anne Frank. Morgen mehr.“ für die Bildungsstätte. Mit Aisha Camara sprach sie darüber, wie paradigmatisch diese Debatte für den gesellschaftlichen Umgang mit Rassismus ist.

Was ist so typisch an der aktuellen Städel-Debatte?

Auch in der Debatte um das Werk von Herold geht es hauptsächlich darum, wie der Künstler und die Kurator*innen ein Werk meinen – und weniger darum, wie es (bei von Rassismus Betroffenen) ankommt. Auf die Kritik wurde beispielsweise mit der Erklärung reagiert, dass Herold mit dem Bild ein Statement gegen Rassismus machen wollte und wie er als Mensch und Künstler so drauf war.

Die Absicht des Bildes wird also über die Wirkung gestellt?

Genau. Es ist doch auffällig, dass die Rezeption von Rassismus und die vermeintliche Intention der Künstler*in, des Museums oder des Theaters immer wieder in einem Widerspruch zu stehen scheinen. Fakt ist, dass sich Schwarze Menschen und People of Color in musealen Kontexten immer wieder abgewertet sehen. Diese Wahrnehmung wird aber von Seiten der Museen meist nur auf einer individuellen, emotionalen

Ebene anerkannt und scheinbar objektiven, historischen und politischen Kontexten gegenübergestellt. Im schlimmsten Fall wird sogar eine betroffene Person zitiert, die das Werk verteidigt. Dadurch werden kollektive Erfahrungen von Rassismus vereinzelt: Wer weiterhin auf den Rassismus in einem Werk aufmerksam macht, wird als empfindlich dargestellt. Den Museen tut es dann allenfalls leid, wenn rassistische Inhalte Menschen verletzen – mehr aber auch nicht.

Warum scheinen sich diese Debatten zu wiederholen?

Zunächst einmal gilt für viele Institutionen, aber besonders die aus dem Kunst- und Kulturbetrieb das Postulat: „Wir sind nicht rassistisch und nicht antisemitisch. Das widerspricht unserem Auftrag.“ Das hat einen historischen Zusammenhang, denn nach 1945 war Deutschland – so die Erzählung – „entnazifiziert“ und damit auch erst mal frei von Rassismus. Museen, Theater und Co. sehen sich also erstmal per se auf der Seite des Guten und einer nicht-faschistischen Tradition. Es ist insbesondere der deutschen Kunstwelt das Kunststück gelungen, ohne Dissonanzen dieses Postulat aufrechtzuhalten. Situationen, die an diesem Bild rütteln, werden vereinzelt. Und es entsteht Abwehr. Dabei haben die vielen aktuellen Debatten gezeigt: Rassismus und Antisemitismus gibt es überall. Auch bei den „Guten“.

Muss man es also nur wirklich wollen?

Es geht da nicht um mangelnden Willen: Für viele ist allein die Auseinandersetzung mit der Lebensrealität von Betroffenen – wir erkennen an, dass du dich betroffen fühlst – bereits ein großer Schritt. Notwendig wäre es aber, sich im Kontext Rassismus mit der eigenen Haltung und Position auseinanderzusetzen.

Die Form von Rassismus, über die wir hier sprechen, geht ja nicht aus Intentionen einzelner hervor, sondern ist institutionalisiert. Man müsste diese Selbstverständlichkeit erst einmal hinterfragen, um sehen zu können, was überhaupt gezeigt oder reproduziert wird. Oder wessen Stimme eigentlich in musealen Räumen fehlt.

Oftmals stehen bestimmte Begriffe im Fokus. Und scheinbar ist es da immer besonders schwierig zu vermitteln?

Egal ob N- oder M-Wort, auch hier entsteht erst einmal Abwehr: Die Sprachpolizei will uns jetzt die Sprache nehmen. Oder: Man will uns vorschreiben, wie wir die Welt sehen und beschreiben. In Anbetracht dessen, dass durch Rassismus und Kolonialismus Schwarzen Menschen und People of Color über Jahrhunderte gewaltvoll vorgeschrieben wurde, wie sie selbst oder ihre Länder heißen, ist derart heftige Abwehr auf die Bitte nach einer kleinen Korrektur im Sprachgebrauch absurd. Vor allem, wenn sich dieselben Personen gleichzeitig gegen Rassismus positionieren. Fakt ist, diese Begriffe sind abwertend und rassistisch. Und dies bildet sich eben nicht nur im historischen Kontext ab, sondern bis heute. Es klingt sehr banal: Ohne Veränderung ändert sich halt nichts. Das muss auch für Sprache gelten.

Wie könnten es Museen besser machen?

Es gibt da aus meiner Sicht zwei wichtige Herangehensweisen. Das eine ist, bei diesen sehr verunsichernden Themen, die mit -ismen enden, die jeweils dadurch marginalisierten einzubeziehen, und zwar als Korrektiv. Aber nur diejenigen, die das auch möchten, und nicht aus dem Gedanken einer Kollektion, indem Betroffenen scheinbar einfach nur gesammelt werden.

Das zweite ist, die Leerstellen zu füllen und zu kontextualisieren. Denn oftmals wird, wie im Falle der Ausstellung Wilhelm Kuhnerts, beispielsweise Kolonialrassismus ausgeblendet. Das ist vergleichbar mit deutschen Unternehmen, die die NS-Zeit in ihrer Firmengeschichte als „unschöne Jahre“ bezeichnen. Stattdessen sollten Rezipient*innen Lesehilfen erhalten: Warum wurden Menschen damals so dargestellt? Mit welchem Blick und Sammlungsinteresse wurden sie bewertet? Das kann man alles sichtbar machen und daraus lernen.

Die gesamte museale Welt muss sich damit auseinandersetzen. Museen müssen in Zukunft eine noch selbstkritischere Haltung entwickeln. Es gibt erste Ansätze, wie zum Beispiel das Museum der Weltkulturen, die im Prozess sind, ihre Entstehungsgeschichte und ihren Auftrag zu hinterfragen. Wenn wir aber eines aus den Debatten der letzten Wochen gelernt haben: Rassismus ist überall. In Strukturen. In Behörden, Schulen und auch in Museen. Das Fatale: Durch diese Abwehrhaltung und oberflächliche Auseinandersetzung haben Museen, Theater und Co. kein Werkzeug, um Rassismus zu erkennen und nachzuvollziehen wie die eigenen institutionalisierten weißen Strukturen damit zusammenhängen: Wie wird Kunst gesammelt? Wie kam diese überhaupt zu uns? Wessen Geschichten erzählen wir? Wer erzählt diese Geschichten? Wer wählt aus, was erzählt wird? Für wen erzählen wir sie? Und schließlich: Wer entscheidet, ob das weg kann?

Wie kann das in der Praxis aussehen? Überall eine „Triggerwarnung“?

Wir haben im Rahmen einer Ausstellung zu 100 Jahre Völkermord an Armenier*innen einen Weg gefunden: Wir stellten dort nämlich auch Fotos aus, die als Beweismittel für den tatsächlichen Völkermord an Armenier*innen dienten. Da haben wir mit Passepartouts gearbeitet und haben nur Ausschnitte der Fotos gezeigt – und es den Zuschauer*innen selbst überlassen, ob sie das Passepartout anheben oder nicht.



Deborah Krieg
Bildungsreferentin &
Kuratorin des interaktiven
Lernlabors „Anne Frank.
Morgen mehr.“



Aisha Camara
Team Beratung

Realitätsabgleich

Was Verschwörungstheorien alles nicht sind



Neonazis, Hippies, bürger und das typische Esoteriker*innen, Reichs-Pegida-Klientel der „besorgten Bürger“ rannten im August 2020 auf die Stufen des Reichstages, um dort mit Reichsflaggen zu wedeln und ein Ende der von ihnen befürchteten „Corona-Diktatur“ auszurufen. Gemein ist den Teilnehmenden der Demonstration der Glaube, von einer mächtigen verborgenen Clique kontrolliert zu werden. Die Verschwörungstheorie bringt Menschen zusammen, deren ideologische Schnittmengen von vielen nicht bemerkt werden – oft nicht einmal von ihren eigenen Anhänger*innen. Doch was macht eigentlich eine Verschwörungstheorie aus? Um sich dieser Frage zu nähern, müsste zunächst die Frage beantwortet werden, was die Verschwörungstheorie alles *nicht* ist: keine Theorie im wissenschaftlichen Sinne, kein Wissen um eine wirkliche Verschwörung und kein psychopathologischer Wahn.

Was unterscheidet eine Verschwörungstheorie von einer wissenschaftlichen Theorie?

Verschwörungstheorien imitieren wissenschaftliche Theoriebildung. Sie warten mit einer solchen Vielzahl vermeintlicher Belege, Daten, Bilder, Graphiken, Expert*innen und Fußnotenapparaten auf, dass bei oberflächlicher Betrachtung der Eindruck sorgfältiger Recherche entstehen kann. In der Diskussion mit Verschwörungstheoretiker*innen kann diese Informationsflut schnell überfordern, was bereits Teil der Strategie ist. Im Unterschied zur wissenschaftlichen Theorie räumt die Verschwörungstheorie jedoch der erfahrbaren Wirklichkeit kein Widerspruchsrecht ein. Wenn eine wissenschaftliche Theorie wiederholt auf Phänomene trifft, die ihr zuwiderlaufen, müsste sie revidiert werden. In der Verschwörungstheorie gibt es keinen solchen Realitätsabgleich: Die Theorie ist immer wahr und sucht sich lediglich die Phänomene, die zu ihr passen, beziehungsweise biegt sie solange zurecht, bis sie schließlich passend gemacht sind. Hier formt also die Theorie eine selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit, statt dass die Erfahrung der Wirklichkeit zur Bildung einer Theorie beiträgt.

Was unterscheidet eine Verschwörungstheorie von einer Verschwörung?

Häufig entgegen Verschwörungstheoretiker*innen Kritik, indem sie reale Verschwörungen zum Anlass nehmen, ihre Vorgehensweise zu rechtfertigen: Hat sich nicht wirklich herausgestellt, dass der ehemalige US-Präsident Nixon seine politischen Kontrahenten abhören ließ? Warum sollte sich dann nicht auch in Zukunft herausstellen, dass die Mondlandung gefälscht war? Ein zentraler Unterschied zwischen realen Verschwörungen, wie beispielsweise jener des Anschlags der Terrorgruppe Al-Qaida auf das World Trade Center, und Verschwörungstheorien ist die begrenzte Reichweite realer Verschwörungen. Wirkliche Verschwörungen sind darauf angewiesen, den Kreis der Verschwörer möglichst klein zu halten, damit das Ganze nicht auffliegt, und zielen zumeist auf wenige bestimmte Aktionen ab. Um die Mondlandung zu fälschen, müssten mehrere tausend Beteiligte seit mehr als fünfzig Jahren dichthalten. Überschlägt man den Personalaufwand, globale Ereignisse wie die Corona-Pandemie zu fälschen, merkt man schnell, wie aberwitzig ein solches Unterfangen wäre.

Was unterscheidet Verschwörungstheorien von einem Wahn?

„Die Erde ist in Wirklichkeit hohl und wir wohnen in ihrer Innenseite. Das Wetter wird über eine Forschungsstation in Alaska kontrolliert. Aliens werden in Geheimlaboren der Wüste Nevadas versteckt“ – viele Verschwörungstheorien sind so

offenkundig absurd, dass der Verdacht naheliegt, es handle sich hierbei um Wahnvorstellungen. Tatsächlich teilen Verschwörungstheorien einige Gemeinsamkeiten mit psychopathologischem Wahn: Beispielsweise ist die Fantasie, verfolgt zu werden, ein wiederkehrendes Motiv psychotischer Schübe wie auch der Verschwörungstheorie. Obwohl die Verschwörungstheorie diese wahnhaften Elemente hat, kann sie doch nicht einfach zur psychischen Störung erklärt werden: Als psychisch krank gilt, wer aus dem gesellschaftlichen Rahmen herausfällt, wer beispielsweise derart von Paranoia geplagt ist, dass ein Leben ohne Einschränkungen kaum mehr möglich ist. Die Verschwörungstheorie hingegen wirft die Menschen nicht in diese Vereinzelung, sondern wirkt im Gegenteil integrativ. Je mehr Personen der Verschwörungstheorie anhängen, desto geborgener sind die einzelnen in der Gruppe, umso weniger bilden sie sogar womöglich individuelle Pathologien aus.

Watch out!

Mit der Verschwörungstheorie soll die Welt einfacher, erklär- und damit beherrschbar gemacht werden. In ihnen steckt aber auch immer eine Absichtserklärung, nämlich die vermeintlichen Verschwörer aus der Welt zu schaffen und diese damit zu einem besseren Ort zu machen. Dabei teilen die Verschwörer in der Verschwörungstheorie die gleichen Eigenschaften, die im modernen Antisemitismus den Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden: Sie sind mächtig, wirken im Verborgenen, haben keinen Bezug zur eigenen Nation, sind also wurzellos, frei von Skrupeln usw. In letzter Konsequenz richten sich Verschwörungstheorien praktisch immer gegen Jüdinnen und Juden, weshalb es sich dabei nicht um harmlose gescheiterte Welterklärungsversuche handelt, sondern um gefährliche Ideologien – an deren Ende Anschläge wie der in Halle 2019 stehen.



Tom David Uhlig
Bildungsreferent

KOMPAS – Kompetenznetzwerk Antisemitismus

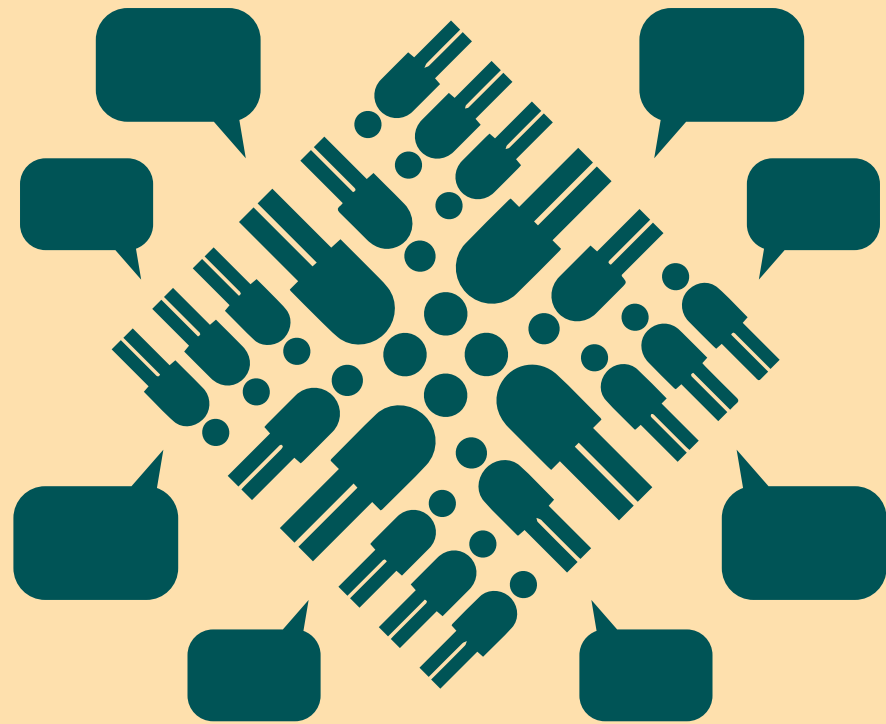
Die Bildungsstätte Anne Frank ist eine von fünf Institutionen im bundesweiten Kompetenznetzwerk Antisemitismus (KOMPAS), das Expertisen in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit bündelt.

KOMPAS wird gefördert vom Familienministerium im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

→ bs-anne-frank.de/kompas

Über Generationen hinweg

Das Projekt „Telling (Hi)Story“ ist das erste Empowerment-Angebot der Bildungsstätte Anne Frank



Es ist mittlerweile gar nicht mehr so selten, in Zusammenhängen der politischen Bildung den Begriff „empowernd“ zu hören: ein mitreißender Vortrag, eine kritische Performance oder eine gut besuchte Community-Veranstaltung werden auf diese Weise gelobt. So häufig das Wort mittlerweile zu hören ist, so unspezifisch sind die damit oft verknüpften Ideen. Deswegen liegt die Frage nahe: Was genau ist eigentlich Empowerment?

Der Begriff „Empowerment“ ist historisch zunächst sehr klar mit der Schwarzen Bürger*innenrechts-Bewegung in den USA verbunden. Es ging darum, inmitten oft unmittelbar gewaltvoller, ja tödlicher Zusammenhänge Räume zu schaffen, in denen Selbstwirksamkeit und Selbststärkung wieder möglich wurden, in denen sich die Community ihrer Handlungsfähigkeit versichern konnte. Meist in aktivistischer, politischer Hinsicht – doch ging es auch viel um Alltagstätigkeiten, künstlerische Praxis. Alles, was geeignet war, einerseits bestärkende Momente zu schaffen, aber auch langfristige Veränderungen anzustoßen, um überleben und widerständig sein zu können, konnte Empowerment sein. Die Schaffung und Bewahrung von Räumen, in denen dies möglich war, war dadurch selbst widerständige Praxis – innerhalb einer Gesellschaft, die uns als Schwarze Menschen und Menschen of Color nicht mitdenkt.

Das Empowerment-Projekt „Telling (Hi)Story“ in der Bildungsstätte möchte an diese Tradition zumindest anknüpfen. Hier können Menschen, die Rassismus oder Antisemitismus erfahren haben, miteinander über ihre Erlebnisse sprechen, ins Erzählen kommen. Maßgeblich war für uns dabei zunächst der intergenerationale Aspekt: Die verschiedenen Alterskohorten haben Diskriminierung jeweils anders erfahren. Indem sie miteinander ins Gespräch kommen, zeichnen sie nach, wie sich etwa das Gesicht von Rassismus verändert hat. Sie teilen untereinander ihre Familienbiografie, persönliche und private Gedanken. Storytelling führt die Gedanken zu einer Geschichte zusammen – Geschichten, die zu Geschichte werden. Dabei war es uns zunächst wichtig, die Communitys sich selbst organisieren zu lassen – um sie dann zu einem bestimmten Zeitpunkt in Austausch zu bringen. Welche Unterschiede, welche Ähnlichkeiten gibt es in den Erfahrungen von Schwarzen Menschen und/oder muslimisch gelesenen Menschen oder Rom*nja Personen?

Wichtig ist es, in diesen Räumen den unterschiedlichen Erfahrungen und Betroffenenperspektiven Raum zu geben. Bei allen Unterschieden der Perspektiven entsteht dennoch eine gemeinsame Erfahrung: Ich bin nicht allein, ich muss Rassismus und Antisemitismus nicht einfach aushalten, ich bin handlungsfähig. Aus dem gemeinsamen Erleben entsteht ganz schnell eine Aufbruchstimmung: Was erleben wir? Was tut uns gut? Was brauchen wir, um durch den Alltag zu kommen? Und wie gehen wir vor, um gemeinsam widerständig zu werden? Oft werden schon die neu geknüpften Freund*innen-schaften und die Möglichkeiten, sich endlich aussprechen zu können, als empowernd empfunden.

Bei der Bildungsstätte Anne Frank ist „Telling Hi(Story)“ das erste Empowerment-Projekt. Inzwischen bieten wir auch weit mehr als Räume: Künstlerische Workshops, etwa zur Erstellung einer Zeitschrift

Wichtig ist es, in diesen Räumen den unterschiedlichen Erfahrungen und Betroffenenperspektiven Raum zu geben

(Zine), können Storytelling praktisch werden lassen. Im Empowerment-Salon „The Future is Now – Utopien einer besseren Gesellschaft“ erforschten die Teilnehmer*innen Utopien und Futurismen einer Welt, in der wir nicht entmenslicht behandelt werden, in der sich ohne Angst verschieden sein lässt: Künstler*innen erzählten ihre Geschichten von Afro-, Roma- und Mizrahi-Futurismus. Imagination, das wurde schnell klar, ist selbst schon eine widerständige Praxis.

Die Schwierigkeiten, solche und ähnliche Räume zur Verfügung zu stellen, sind mit Corona nicht weniger geworden. Aus der Zahl der Anmeldungen und Nachfragen merken wir aber: Der Bedarf ist in der Krise eher noch gewachsen. Gerade in einer solchen Zeit benötigen die betroffenen Communities Möglichkeiten, zueinander zu finden, sich selbst zu stärken, sich sicher zu fühlen. Wenn nötig, auch in einem Online-Seminar oder im Videochat. Das hat jedoch seine naturgegebenen Grenzen: Empowerment lebt von Intimität und Vertrauen, deren Herstellung online oft eine große Herausforderung ist.

Für das Sicherheitsgefühl von Betroffenen ist es wichtig, dass Räume des Empowerment auch eine gewisse Dauerhaftigkeit haben. Die ungebrochene Nachfrage und die positive Resonanz auf unsere Veranstaltungen zeigt uns, dass wir hier langfristig planen müssen. Das Engagement und der Optimismus der Communities, die wir erfahren haben, ist dafür die beste Motivation.

TELLING (HI)STORY – Migration, Geschichten, Empowerment

Im Projekt „Telling (Hi)Story“ erzählen Menschen aller Generationen von Diskriminierung und von Solidarität. Ganz privat – oder ganz offen. Das Projekt wird gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung.

→ bs-anne-frank.de/tellinghistory



Folasade Farinde
Bildungsreferentin

Deutschrapping: Teil des Problems oder Teil der Lösung?



Alles Sexismus, Homophobie und Antisemitismus? Oder Empowerment, Repräsentation und Sozialkritik? An der Hip-Hop-Kultur scheiden sich die Geister – zumindest die älteren. Fest steht: Hip-Hop hat seinen festen Platz in jugendlichen Subkulturen. Grund genug, darüber nachzudenken, wie Hip-Hop in die politische Bildungsarbeit integriert werden kann.

Hip-Hop in Subkultur, Charts & Feuilleton

Entstanden in den 1970ern in New York, ist die Hip-Hop-Kultur heute nahezu auf der ganzen Welt verbreitet. In den USA sind Rapper*innen bereits Gäste im Weißen Haus; mit Kendrick Lamar wurde ein Rap-Künstler sogar mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet. Auch in Deutschland steigt die Popularität dieser Kunstform: Deutschrapping ist fester Bestandteil der Charts und hat sich zu einem bedeutenden Genre mit vielen unterschiedlichen Stilen und Persönlichkeiten entwickelt.

Anders als noch vor wenigen Jahren sind die wichtigsten Tools zur Vermarktung der Künstler*innen deren Social-Media-Kanäle: Oft reicht ein einziger Post auf ihren Social-Media-Profilen, um Millionen von Fans das Gefühl zu vermitteln, ihren Stars so nah wie nie zuvor zu sein. Junge Menschen hören nicht nur die Musik ihrer Stars, sie tragen ihre

Kleidung, gehen auf ihre Konzerte und folgen ihnen Tag für Tag auf Social Media. Überall in der jugendlichen Lebenswelt und in der Jugendsprache hat Hip-Hop Spuren hinterlassen; Begriffe aus dem Deutschrapping-Sprachkosmos waren mehrmals Jugendwörter des Jahres, etwa „Swag“ (2011) und „Babo“ (2013).

Jedoch scheint das wichtigste Instrument des Genres gleichzeitig sein größtes Problem: Rap-Texte können sexistisch, homophob, rassistisch und antisemitisch sein. Doch ist das alles, was Hip-Hop zu bieten hat? Wie wird innerhalb der Szene mit diesen menschenfeindlichen Einstellungen umgegangen? Und wie steht es um die Reaktionen außerhalb der Szene?

Ob Alice Schwarzer dem Rapper King Orgasmo One seine sexistischen Texte in einer Talkshow vorliest oder Bushido als Vertreter des Gangsta-Raps in Interviews immer wieder möglichst provokante Aussagen liefern soll: Immer

dann, wenn die Subkultur Hip-Hop mit der großen deutschen medialen Öffentlichkeit in Berührung kommt, beginnt die Diskussion darüber, dass Hip-Hop junge Menschen verrohe.

Der öffentliche Diskurs wird dabei nicht von sceneinternen Debatten bestimmt, sondern vor allem vom Blick von außen dominiert. Dabei geht es oft um die Frage, warum ein Genre so erfolgreich ist, in dem Homophobie, Sexismus und Antisemitismus eine so große Rolle spielen. Diese Frage ist zwar nicht unbegründet und muss ernst genommen werden, allerdings sind diese Problemfelder nicht exklusiv dem Hip-Hop-Genre zuzuschreiben. Rap-Kultur ist ein Spiegel der Gesellschaft, und der im Rap auffindbare Sexismus, die Homophobie, Rassismus und Antisemitismus verweisen auf reale gesellschaftliche Probleme, die von der Gesamtgesellschaft zu bearbeiten sind. Warum sollte man nicht Rap als Mittel zur Thematisierung und Bearbeitung nutzen?

Bildung, Engagement und Empowerment im Rap

Tatsächlich spricht einiges dafür: Bildung war immer ein Teil der Hip-Hop-Kultur, die in den afro-amerikanischen Communities entstand. Das dort geläufige Sprichwort „Each one teach one“ mahnt, Wissen innerhalb der Schwarzen Communities und Familien weiterzugeben, für die seit der Zeit der Versklavung der Zugang zu formaler Bildung erschwert ist. Bis heute werden musikalische Elemente des Hip-Hops auf der Peer-to-Peer-Ebene weitergegeben. Ergänzend dazu wird Respekt als ein weiterer Wert im Hip-Hop verstanden. Ob im Battle oder im Lernprozess, dem Gegenüber soll mit Respekt und Anerkennung entgegengetreten werden – ein Anspruch, der selbstverständlich nicht immer eingehalten wird.

Auch die Tatsache, dass Rap von Beginn an politisch war, bietet interessante Ansatzpunkte für die Bildungsarbeit. Amerikanische und deutsche Rapper*innen sprachen über Missstände und über Lebenswelten, die im Mainstream kaum repräsentiert waren. Beispielsweise die 1987 in Heidelberg gegründete Gruppe Advanced Chemistry, die heute als Pioniere des Deutschrappings gelten. Mit ihrer 1992 veröffentlichten Single

Journalist*innen, die sich politisch positionieren, sich kritisch mit der eigenen Szene auseinandersetzen und versuchen, mit ihrer Reichweite junge Menschen aufzuklären und auf Missstände hinzuweisen.

Ob mit einer tiefgründigen Message, respektvoll oder voller Tabubrüche und Schimpfworte: Rap macht verschiedene relevante Erfahrungen und Lebenswelten sichtbar. Politische Bildung hat die Chance, auf diese Weise Debatten zu eröffnen und eine Basis zu schaffen, nicht nur mehr über jugendliche Lebenswelten zu erfahren, sondern auch, um junge Menschen zu erreichen und in den Diskurs einzuladen.

Zwischen extremistischer Vereinnahmung und politischer Bildung

Letzteres haben allerdings auch Extremisten erkannt: Um Zugang zu jungen Menschen zu erhalten, machen sie sich deren Nutzungsverhalten in sozialen Medien zu eigen und produzieren aktuelle Memes, Filmplakate, Albumcover – und auch Hip-Hop-Tracks. Neben rechtsextremer Rockmusik gibt es mittlerweile auch rechtsextremen Deutschrapping.

Aber auch die islamistische Szene versuchte schon früh, über Deutschrapping Zugang zur Jugend-

Die Möglichkeit der Partizipation im Rap nimmt durch die Nutzung von Social Media eine weitere Dimension ein. Rap kann insbesondere in Verbindung mit Social Media Zugänge zu Themen eröffnen, die für junge Menschen relevant sind und Herausforderungen der jungen und jugendlichen Gesellschaft abbilden. Nutzt man diese Möglichkeit, bietet Hip-Hop nicht nur Raum zur Repräsentation der eigenen Identität, sondern schafft auch neue Formen der Teilhabe. Das Aufzeigen verschiedener Lebenswelten, -stile und -formen kann zum Empowerment junger Menschen beitragen. Gelingt es der politischen Bildung, an jugendliche Debatten und Geschichten anzuknüpfen, bietet sich eine Chance, auch jene Jugendlichen zu erreichen, die bislang selten Angebote und Formate der politischen Bildung nutzen. Werte der Hip-Hop-Kultur wie der Gedanke des Voneinander-Lernens oder die Bedeutung von Respekt und Anerkennung können durchaus in demokratische Wertesysteme integriert und übersetzt werden. Voraussetzung ist allerdings, die Hip-Hop-Kultur nicht immer nur mit spitzen Fingern anzufassen – oder gleich unter Generalverdacht zu stellen.



Nava Zarabian
Bildungsreferentin

Rap macht verschiedene relevante Erfahrungen und Lebenswelten sichtbar

„Fremd im eigenen Land“ berichtete die Band authentisch von persönlichen Erfahrungen mit dem Rassismus in Deutschland.

Heute gibt es zahlreiche Rapper*innen, aber auch Hip-Hop-

kultur zu finden. Das bekannteste Beispiel: Der Berliner Rapper Deso Dogg. In verschiedenen Propagandavideos ermunterte er junge deutschsprachige Rap-Fans dazu, am militanten Dschihad in Irak und Syrien teilzunehmen.

DEM HASS KEINEN RAUM GEBEN!

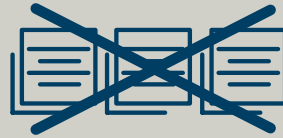
Das Modellprojekt „Dem Hass keinen Raum geben! Empowerment gegen Hate Speech für Migrantische Selbstorganisationen“ in der Bildungsstätte Anne Frank unterstützt Migrantische Selbstorganisationen (MSO) und Initiativen bei der Prävention von und dem Umgang mit Hate Speech. Neben Schulungen und E-Learning-Formaten gehört auch die Stärkung von MSOs zu den Zielen des Projekts. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

„Hessen schaut hin“

Die ersten Monate in Zahlen



184
Fallmeldungen



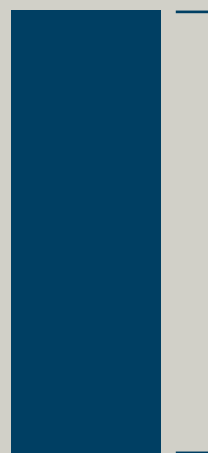
102
Fake-/Troll-
meldungen



38
Beratungs-
gespräche

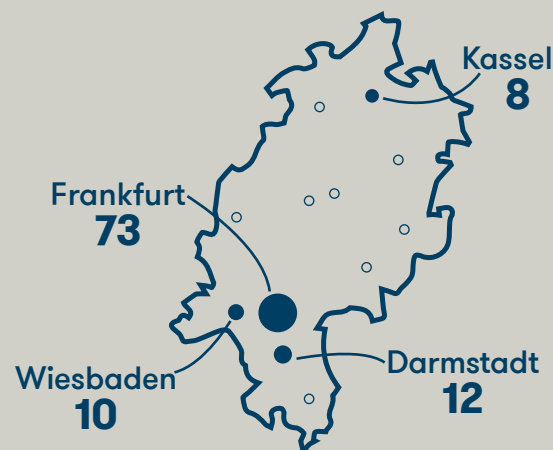
Stichtag 30.06.20

149



Tatmotivation
Rassismus

- 48 — Rassismus gegen Schwarze Menschen
- 38 — Antimuslimischer Rassismus
- 9 — Rassismus gegen Sinti*zze & Rom*nja
- 6 — Anti-asiatischer Rassismus



Gemeldete Fälle



23%
Öffentliche
Verkehrsmittel



13%
Arbeitsplatz

Orte der Gewalt

AUS UNSEREN BILDUNGSPROJEKTEN

„Hessen schaut hin“, die erste landesweite Meldestelle für rechte und rassistische Übergriffe in Hessen, ist seit Januar 2020 online. Die Initiative der Beratungsstelle response wird von einem breiten Netzwerk

von Partner*innen getragen. Ziel ist es, das Ausmaß rechter Gewalt im Bundesland realistischer abzubilden. Dabei können Vorfälle anonym gemeldet werden. → www.hessenschauthin.de

Vier Beispiele aus den Fallmeldungen

8. April 2020, Frankfurt am Main:

Rassistische Beschimpfung in Straßenbahn

Eine muslimische Familie wurde in der Straßenbahn von einem Mann mittleren Alters **wiederholt belästigt**, auf die aktuellen Kontaktregelungen hingewiesen und rassistisch beleidigt. Als die Familie ihre Station erreichte und die Straßenbahn verlassen wollte, rief der Mann laut: „Wir leben hier in Deutschland, raus!“

30. März 2020, Weilmünster (Limburg-Weilburg):

Rassismus im Klinikum

Ein Krankenpfleger wurde in der Klinik, in der er arbeitet, rassistisch beleidigt. Als er in der Klinikküche Essen für einen Patienten abholen wollte, zeigten sich zwei seiner Kollegen nicht hilfsbereit und **bedrängten ihn mit rassistischen Fragen**.

15. Mai 2020, Frankfurt am Main:

Homofeindlichkeit im Stadtbus

Im Bus wurde ein Fahrgast aufgrund seiner zugeschriebenen sexuellen Orientierung von einer Gruppe Jugendlicher beleidigt. Als die Begleiterin des Betroffenen die Gruppe zur Rede stellte, wurde sie ebenfalls **beschimpft und mit sexualisierter Gewalt bedroht**. Erst als der Busfahrer die Jugendlichen verwarnte, verließen diese unter anhaltenden Beschimpfungen den Bus.

2. Mai 2020, Frankfurt am Main:

Rassistischer Kommentar auf dem Markt

Kurz nach Einführung der allgemeinen Maskenpflicht wurde eine Frau mit asiatischer Abstammung Opfer eines **rassistischen Kommentars**. Als die Betroffene mit aufgesetztem Mundschutz auf dem Markt einkaufte, deutete eine Frau auf sie und sagte zu ihrer Gesprächspartnerin: „Die sehen wirklich viel gefährlicher damit aus als Deutsche, nicht?“

AUS UNSEREN BILDUNGSPROJEKTEN

„Seid gut zueinander!“



Im Projekt „was unternehmen!“ berät die Bildungsstätte Anne Frank Unternehmen und Betriebe in Fragen von Antidiskriminierung und Diversity – etwa das Frankfurter Unternehmen „Lizza“.

Wer sich vegan und glutenfrei ernährt, der kennt sie bestimmt: „Lizza“ aus Neu-Isenburg ist Hersteller glutenfreier Backwaren. Die Pizza ist fast überall in den großen Supermärkten zu finden, nachdem die Gründer sie 2016 in der Sendung „Höhle der Löwen“ vorgestellt hatten. Mittlerweile arbeiten mehrere Dutzend Menschen in Produktion, Marketing und Vertrieb für das Unternehmen.

„Lizza“ ist vielleicht ein klassisches Beispiel für „ethisches Unternehmertum“. Die Homepage listet in einem eigenen Bereich „Werte“ zahlreiche Selbstverpflichtungen auf, nach denen das Unternehmen lebt: Alle Produkte sind streng bio, überall wird recycelt, es wird ein faires Gehalt

gezahlt, es besteht ein familiäres Arbeitsumfeld mit regelmäßig stattfindenden gemeinsamen Veranstaltungen; auch ein Hilfsprojekt zur Ausbildung von Kleinunternehmer*innen in Indien wird unterstützt. Bei „Lizza“ arbeiten Menschen mit dem unterschiedlichsten persönlichen Hintergrund – auf Initiative der Stadt Neu-Isenburg auch geflüchtete Menschen. Zum Beispiel aus Syrien, Eritrea oder dem Iran. Nicht alle Mitarbeiter*innen sprechen perfektes Deutsch.

Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler – auch im Umgang miteinander. Die unterschiedlichen Kulturen hätten zu Missverständnissen und Berührungsängsten im Produktionsteam geführt,

erzählt Anne-Katrin Vockenberg, zuständig für Human Resources. Im oft stressigen, rauen Umfeld eines lebensmittelproduzierenden Betriebs seien dann manchmal Bemerkungen gefallen, die als ressentimentgeladen und verletzend aufgenommen wurden. „Das wollten wir aber nicht so stehenlassen!“

Früh habe sich das Unternehmen dazu entschlossen, etwas dagegen zu unternehmen. „Unser Grundsatz ist: Seid gut zueinander.“ Fehlertoleranz und ein offener, ehrlicher Umgang miteinander seien Teil dieser Firmenphilosophie. Zu dieser Offenheit gehört auch der Umgang mit Diskriminierung: „Hier gilt für uns: null Toleranz!“ Die Firma buchte

Workshops bei der Bildungsstätte Anne Frank, richtete einen Themenabend über Diversity aus. Nicht als einmalige Aktion, sondern als Versuch, langsam und stetig die Firmenkultur zu verbessern.

„Seither gehen wir anders miteinander um“, sagt Vockenberg. In den Pausen gebe es nun bei dem Team aus der Produktion weniger Grüppchenbildung, die Mahlzeiten werden gemeinsam eingenommen. Der Tonfall in der Produktion ist weiter rau, aber herzlich. „Natürlich gab es erst einmal Skepsis bei der Belegschaft: Oh Gott, was will die Personalabteilung von uns!“ Die Offenheit, mit der über die Vorfälle geredet wurde, habe dann aber schnell zu einem neuen Teamgeist geführt: „Wir haben hier jetzt eine ganz neue Dynamik, eine tolle Energie zwischen den Menschen.“

„Lizza“ hat bereits weitere Folge-workshops gebucht, denn das Thema bleibt aktuell. „Wir haben als Unternehmen auch eine gesellschaftliche Verantwortung, wollen Vorbild sein.“

In den Seminaren von „was unternehmen!“ gibt die Bildungsstätte Anregungen zu einem diversitätsbewussten, diskriminierungssensiblen Miteinander in der Arbeitswelt. Diskutiert werden Ansätze (und Grenzen) von „Diversity

Management“ und aktuelle Herausforderungen, wie die Zunahme radikaler Einstellungen in unserer Gesellschaft. Auch am Arbeitsplatz schlagen sich gesellschaftliche Debatten nieder: Menschenverachtende Positionen sind zunehmend präsent, die Grenzen des Sagbaren verschieben sich. Was ist für einen sensiblen Umgang wichtig? Wie auf schwierige Äußerungen angemessen reagieren?

„Wir haben hier jetzt eine ganz neue Dynamik, eine tolle Energie zwischen den Menschen“

Längere Kooperationen bestehen etwa mit dem Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport und der Verwaltung der Stadt Frankfurt. Aber auch kleine und mittlere Unternehmen nehmen die Beratungen in Anspruch – besonders im Ausbildungsbereich, wo es besonders wichtig ist, (potenziell) Betroffene vor Diskriminierung zu schützen und eine demokratische Kultur am Arbeitsplatz zu stärken.



Nicole Broder
Stellvertretende
Leiterin Bildung



WAS UNTERNEHMEN!

Gegen Diskriminierung und für Vielfalt am Arbeitsplatz – Angebote für Unternehmen, Betriebe und Verwaltung

Das Modellprojekt wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesfamilienministerium gefördert. Es bietet Tagesworkshops für Auszubildende, Ausbilder*innen und Teams von Mitarbeiter*innen zu Themen wie Diversität und Umgang mit menschenfeindlichen Äußerungen an. Darüber hinaus können Ausbilder*innen und Führungskräfte in aktuellen Konfliktfällen Beratung in Anspruch nehmen.

In der Broschüre „Demokratieprofis – Bildungsangebote in der Arbeitswelt“ werden unsere Formate für Unternehmen im Detail dargestellt.

HART AN DER GRENZE

Zeig mit Deinem Plakat,
wo Du Deine Grenzen ziehst -
und welche Du einreißen möchtest.

Mach mit beim Kunstwettbewerb der Bildungsstätte Anne Frank
und gewinne spannende Preise – z.B. ein MacBook

Einsendeschluss: Montag, den 06. April 2020



bildungsstätte
anne frank

PLAKATWETTBEWERB

DIE GEWINNER*INNEN

Grenzen setzen, Grenzen einreißen, das war das Thema unseres Kunstwettbewerbs im Jahr 2020. Seien es die gesellschaftlichen und nationalen Grenzen, mit den damit verbundenen Fragen der Migration und der Ausgrenzung, seien es die persönlichen Grenzen der Meinungsfreiheit und der Privatsphäre. Der Jahrestag des Mauerfalls hat gezeigt, wie unterschiedlich Grenzen bewertet werden: Wo gestern noch der Fall von Grenzen bejubelt wurde, können morgen ebenso schnell neue Grenzen errichtet werden – nach außen und nach innen.

DIE JURY

Monique Behr
(Kulturamt Wiesbaden)
Aminata Belli
(Fernsehmoderatorin & Reporterin, MTV, Berlin)
Dr. Mahret Ifeoma Kupka
(Museum Angewandte Kunst, Frankfurt)
Philipp Mohr
(William Blair & Company, Frankfurt)
Various & Gould
(Urban-Art-Duo, Berlin)

Der Kunstwettbewerb wird gefördert
von William Blair & Company.

Auch 2020 waren junge Menschen aufgerufen, mit einem beeindruckenden Plakatmotiv die hochkarätig besetzte Jury zu überzeugen. Über 400 Einsendungen haben uns erreicht.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte leider keine Preisverleihung im herkömmlichen Sinn stattfinden. Alle Gewinner*innen wurden daher auf unseren Social-Media-Kanälen am 11. Juni online prämiert und ihre Kunstwerke vom 10. Juni bis zum 15. Juni im Foyer des Museum Angewandte Kunst ausgestellt.

✕ Kategorie Nachwuchs (bis 14 Jahre)

Mein Plakat soll darstellen, wo ich meine Grenzen sehe. Die Blasen sind das, was mir wichtig ist. Die stacheligen Verhaltensweisen anderer Menschen gefährden diese Bedürfnisse. Z. B. wird meine Privatsphäre verletzt, wenn Menschen Fotos von mir machen, ohne zu fragen. Unehrllichkeit macht auch Vertrauen kaputt, und Lärm mein Wohlbefinden. Es ist wichtig für mich, dass andere diese Grenzen achten, und dafür muss ich mich einsetzen. Das zeigt die abwehrende Hand. Die Träne steht für die Traurigkeit, die das Ignorieren meiner Grenzen auslöst.

3. Platz:
Mathea Köster, 13



Aus der Begründung der Jury:

„Das Plakat hat uns angesprochen. Zum einen schönen bunt, und ein Pop an Farbe ist immer gut. Doch das Plakat lässt auch etwas grübeln. Es zeigt durch die Unterteilung in verschiedene Farben Grenzen auf – Grenzen in Mitteleuropa. Im Kontrast dazu steht die Aussage ‚Offene Grenzen sind wichtig‘. Der Kontrast hebt sich jedoch auf, da durch EU und Schengenabkommen tatsächlich die Grenzen offen sind.“

Es stellt sich also immer wieder die Frage: Wann werden die Grenzen wo gezogen, warum werden sie gezogen und sind sie relevant?“

Dr. Mahret Kupka
(Museum Angewandte Kunst
Frankfurt)

2. Platz:
Elisa Rabe und Maya Marie Wenzel

1. Platz:
Madeleine Wallace, 14



Ich erinnere mich noch an meine erste Demo. Es war die „Women’s March“, die immer Anfang des Jahres hier bei uns in der Frankfurter Innenstadt stattfindet. Schon vor dieser Demo habe ich sehr viel über Feminismus und Frauenrechte nachgedacht und mich immer wieder gewundert, weshalb Frauen so oft anders behandelt werden als Männer. Ich sah an diesem Tag, was passieren kann, wenn Menschen gleicher Meinung sich zusammen-tun. Man kann viel erreichen mit nur einem Schild und ein paar inspirierenden Sprüchen.

Aus dieser Erfahrung habe ich die Inspiration für mein Plakat gezogen. Ich habe versucht, die verschiedensten Menschen auf ein Bild zu quetschen: Es gibt schwarze, weiße, aus Europa und aus Asien Stammende, Männer und Frauen. Menschen mit verschiedenen Interessen, Menschen verschiedensten Aussehens, und Menschen mit verschiedenen Meinungen.

Ganz in der Mitte des Plakates bin ich zu erkennen. Ich sitze da und überlege. Mein Plakat ist ein bunter Mischmasch von Menschen. Er soll auf vieles aufmerksam machen: Auf Sexismus und Rassismus, auf Diskriminierung und darauf, wie wichtig es ist, zu verstehen, dass eine Frau eine Frau bleibt, ein Asiate ein Asiate, und ein Mensch eben ein Mensch, und dass das so gut ist. Ich will, dass sich beim Angucken des Plakates jeder angesprochen fühlt. Denn jeder kann sich für etwas einsetzen, das sie oder er ändern will.

✕ Kategorie Newcomer (15 bis 19 Jahre)



3. Platz:
Lisa Ünsever, 19

Fragen beantwortet man mit Antworten. Das wurde mir so beigebracht. Nicht etwa mit einer Gegenfrage, das ist frech und gehört sich nicht. Doch was ist, wenn ich Fragen anderer Menschen ungehörig und frech finde?

Es gibt Fragen, die sich seit vielen Jahren häufen. Sie ließen mich schwitzen, meine Muskeln spannten sich an, ich fühlte mich unwohl. Oftmals habe ich auf diese Fragen mit einstudierten Lügen geantwortet. Ich hatte das Gefühl, mich immer und ständig rechtfertigen zu müssen. Sie ließen mich anders fühlen, nicht dazugehörig. Minderwertig.

Mit einer Frage fing es an, und ich konnte mir schon ausmalen, wie die nächste aussehen würde. „Woher kommt ihr Name, Frau Ünsever?“

Schon der zweite Lehrer, der in dieser Woche fragt. „Wer in Ihrer Familie ist denn genau türkisch? Ach, Sie sind Mischling? Und wo arbeitet dein Papa? Spricht er denn auch Deutsch? Bist du Muslima?“

Wie ist dein Papa denn nach Deutschland gekommen? Und wie oft siehst du deinen Papa? Wie heißt er denn? Murat ... fährt dein Vater einen geklauten BMW?“

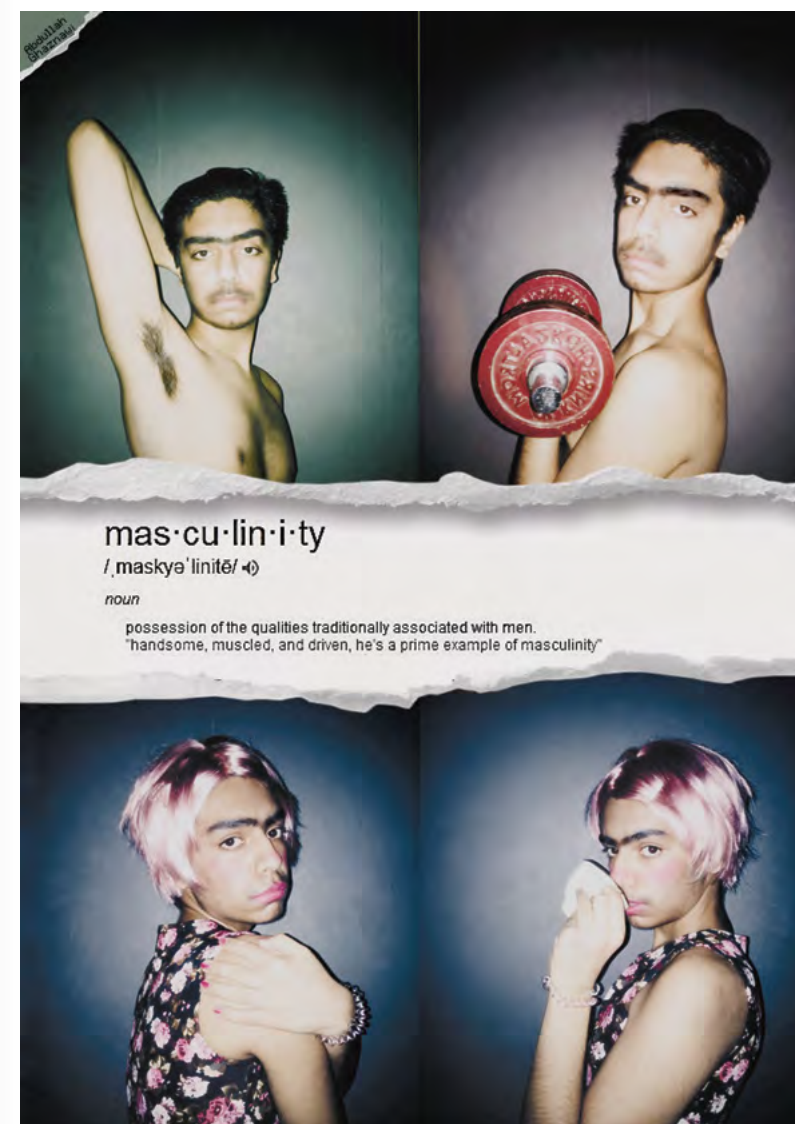
Ich fühlte mich unfassbar ungerecht behandelt, denn niemand sonst wurde gefragt, wo ihr Vater arbeiten würde.

Ich denke, dass ich vor der 10. Klasse nicht auf die Idee gekommen wäre, diese und andere Fragen, die in eine intime Privatsphäre eindringen, mit einem „Das geht Sie nichts an!“ oder mit einer unverschämten Gegenfrage zu beantworten.

Ich bin 19 Jahre alt. Vor etwa 3 Jahren schämte ich mich vor mir selber, vor meiner eigenen Herkunft und vor dem, was andere Menschen mit ihrer Macht aus mir machten. Ich gucke zurück und bin stolz. „Nie wieder!“, denke ich.

Fragen beantwortet man mit Antworten? Richtig, da sitzt nun ein Fragezeichen.

Ich habe meine eigenen Grenzen gezogen. Sie sind mein Schutz. Ich muss mich nicht mehr rechtfertigen.



1. Platz:
Abdullah Ghaznawi, 16

Wenn wir uns mit den Begriffen „Mann“ und „Frau“ auseinandersetzen, finden wir klare Grenzen, die von der Gesellschaft gesetzt sind. Die beiden Geschlechter gelten als gegensätzliche Pole der Persönlichkeit, des Individuums und der Selbstentfaltung des Menschen.

Männlichkeit wird immer wieder gekoppelt an Attribute wie Autonomie, die Kompetenz, anderen zu sagen, wo es langgeht, und Stärke, also: eine Idee der Führung und eine gewisse Härte, Sterilität und Neutralität gegenüber seinen Mitmenschen. Sinnlichkeit, die Expression von Gefühlen und Unsicherheiten gehören nicht zum Wortschatz des Mannes. Diese Werte gelten als das Ebenbild „der Frau“.

Ich möchte mit meinem Plakat zeigen, dass die präsenten Vorstellungen des Geschlechts in unserer Gesellschaft unsinnig sind. Ein Mann ist in der Realität genauso sinnlich eingestellt, gefühlvoll und liebesbedürftig, wie eine Frau autonom, hart und stark sein kann. Die Gesellschaft hindert uns aber mit Begriffen, wie der „Masculinität“, diese Seiten öffentlich auszuleben. Die Angst von vielen Männern und Frauen ist es, sonst als „anders“ zu gelten.

Mit meinem Plakat „Grenzen des Genders“ spreche ich die gesamte Gesellschaft an und versuche zu bewirken, dass man seine tatsächliche Persönlichkeit zeigt, um sich so von den einzäunenden Begriffen der Männlichkeit und Femininität loszulösen. Das Sein beschränkt sich nicht nur auf soziale Kategorien, wie „feminin“ oder „männlich“ – vielmehr ist die Persönlichkeit ein Spektrum, das alle Extrema von „Mann“ bis „Frau“ beherbergt, aber jede einzelne Persönlichkeit diese anders ausprägt.

In den letzten sechs Jahren kamen mehr als 25.000 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer um. Die Menschen fliehen auch heute noch aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und vielen anderen Ländern vor Krieg, Terror und Hoffnungslosigkeit. In diesen Jahren zeigten sich die Europäische Union und deren Mitgliedsstaaten wenig davon begeistert, geflüchtete Menschen aufzunehmen, und anstelle von Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft war ein politischer Rechtsruck in ganz Europa die Folge. Die EU und deren Küstenstaaten scheitern nach wie vor an der humanitären Pflicht, Menschenleben zu retten. Hungernde, kranke und geschwächte Menschen auf überfüllten und

seeuntauglichen Booten werden von unseren Regierungen ihrem Schicksal überlassen, im Namen des „Grenzschatzes“. Die Festung Europa schließt ihre Tore auf Kosten derer, die den Weg nicht schaffen. Menschenrechte, die Würde des Menschen und unsere Zwischenmenschlichkeit verlieren an der Grenze der EU ihre Bedeutung. Selbst die, die verantwortungsbewusst handeln wollen als unsere Regierungen, werden gehindert und bestraft. Recht und Unrecht wird verdreht. Wer hilft wird verurteilt, ist ein Komplize oder Schlepper und hilft bei illegaler Einwanderung. Der Fokus der „Flüchtlingskrise“ wird ins Inland verlegt und nicht auf die grausamen Kriegsgebiete, wo Menschen vor tatsächlichen Krisensituationen stehen und gezwungen sind, vor dem Kreuzfeuer militärischer Konflikte zu fliehen. Es wird auf nationale Grenzen gepocht, anstatt Hilfe zu leisten, dabei darf unsere Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft keine Grenzen kennen.



2. Platz:
Till Heine, 19

✕ Kategorie Profis (ab 19 Jahre)

Mit diesem Plakat möchte ich auf den Menschenhandel aufmerksam machen. Opfer des Menschenhandels sind schwer zu erfassen, und es benötigt ein internationales Bewusstsein zu dem Thema, um diesen Menschen zu helfen. Täglich erfahren die Opfer Ausbeutung und körperliche sowie seelische Schmerzen.

Hier ist eine abstrakte Darstellung zu sehen, die sowohl an eine Landschaft erinnert als auch an eine hautähnliche Oberfläche, die sich über ein Gemenge von Körperteilen spannt. Hindurch zieht sich eine nicht endende vernarbte Verletzung. Die Narbe beschreibt den Einschnitt ins gewohnte Leben und symbolisiert eine anhaltende Verletzung der Würde. Außerdem steht sie für die Ländergrenzen, die viele Opfer des Menschenhandels überschreiten, um dann einer fremden Welt ausgeliefert zu sein.

Der Slogan „MENSCHEN HANDELN“ ist mehrdeutig interpretierbar. Er beinhaltet das Thema „Menschenhandel“, das Wort „Handeln“ kann aber auch als Aufruf verstanden werden, aktiv zu werden. Außerdem möchte ich mit der Aussage „Menschen handeln“ in Zusammenhang mit dem Hintergrundbild darauf hinweisen, dass das Handeln jedes Menschen Konsequenzen hat. Es liegt in der Hand des Betrachters, ob sein eigenes Handeln Positives oder Negatives bewirkt. Der Barcode spiegelt den Markt wider, indem der Mensch als Ware angeboten wird.

Mit dem Zitat des Bundeskriminalamtes als sachliche Definition von „Menschenhandel“ will ich den Betrachter über die Umstände informieren.



3. Platz:
Klaus Kaufmann, 24



Staatsgrenzen sieht man zumeist nur auf Karten. Zu spüren sind sie allerdings auch ganz real: Grenzkontrollen, Grenzkonflikte, die Verteidigung dieser gezogenen Linien mit Waffengewalt, die Abgrenzung und Ausgrenzung von Menschen – all das lässt uns ratlos und wütend zurück. Wir wünschen uns, dass die Grenzen auch in der Realität so leicht aufzuheben wären wie auf unserem Plakat.

2. Platz:
Finja F. und Petrick O., 25 und 27



1. Platz:
Maximilian Glaser, 24

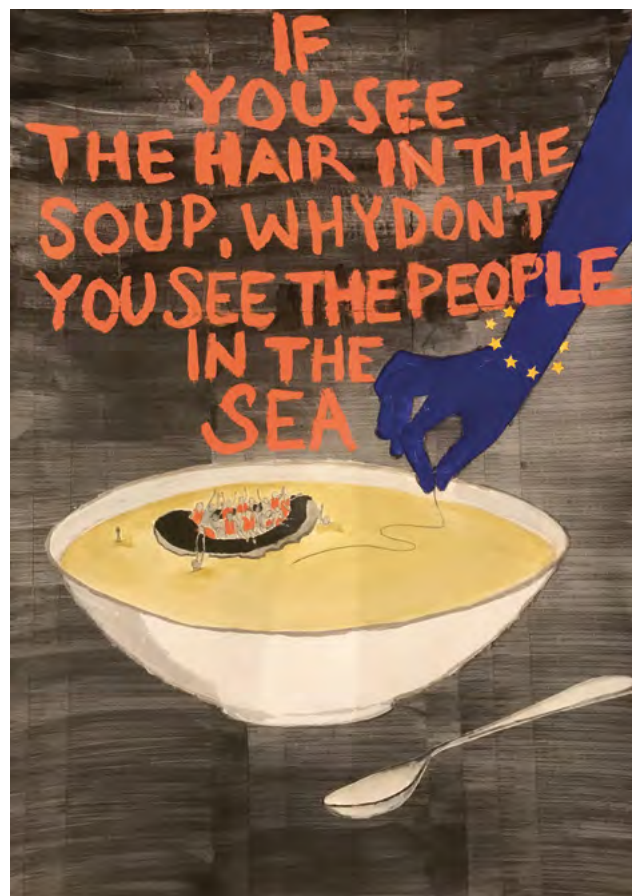
Abgebildet sind „Dosentelefone“, bei denen auf der einen Seite die eigentlichen Bedürfnisse und Ängste eines Subjekts geäußert werden, jedoch auf der anderen Seite das Gegenüber als völlig gegensätzliche Aussagen erreichen. Dabei ist die Verbindungsschnur/-kabel zwischen den Dosen so ausgelegt, dass dessen Silhouette eine jeweilige psychische Erkrankung als Wort ergibt.

Die Abbildung soll metaphorisch einen Prozess skizzieren, bei dem die betroffenen Personen ihrem engen und erweiterten Umfeld nicht ihre tatsächliche Situation schildern, da sie Unverständnis, (berufliche) Nachteile oder gar Ablehnung befürchten, was die Symptomatik und den Leidensdruck für die Betroffenen der Erkrankungen oft steigert, wodurch es wiederum schwieriger wird, sich zu äußern. Ein Teufelskreis.

Auch heute noch werden psychische Erkrankungen nicht gleichwertig mit rein physischen Erkrankungen wahr-

genommen und beurteilt. Dieser Umstand verstärkt sich durch einen mangelhaften gesellschaftlichen Dialog, der all zu oft von Stigmatisierungen geprägt ist. Meine Plakatreihe soll einen Anreiz schaffen, diese Problematik zu erkennen und ein Dialogfeld eröffnen, in dem Betroffene sich frei fühlen, sich zu ihrer Situation ungehemmt äußern können.

Das Dosentelefon stellt also beides dar, die Grenzen, die für mich und andere Betroffene durch die Erkrankung und deren Symptomatik selbst, als auch durch den gesellschaftlichen Umgang mit denselben entstehen. Diese Grenzen bedingen sich gegenseitig und müssen zeitgleich angegangen werden.



Nele Aschoff, 18

Bei diesem Plakat liegt das Augenmerk auf der Suppe, in welcher ein Haar schwimmt und ein Boot mit fliehenden Menschen abgebildet ist. Die blaue Hand mit den Sternen ist eine Personifizierung der EU, welche sich, statt das Boot zu retten, eher an dem Haar in der Suppe stört.

Damit möchte ich ausdrücken, wie weit Ignoranz bzw. Akzeptanz von Menschenunwürdigen Verhältnissen geht. Die Liste [der 33.293 registrierten Asylsuchenden, Geflüchteten und Migrant*innen, die aufgrund der restriktiven Politik der Festung Europas zu Tode kamen] als Hintergrund unterstreicht nur, wozu eben diese Politik geführt hat und immer noch führt.

Emma Helmdach, 20

Die EU will für Zusammenhalt und Solidarität stehen. Kommt beim Thema Flüchtlingskrise das wahre Gesicht zum Vorschein. Gilt da: Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht? Beim Thema Coronavirus zeigt sich, dass die Staatengemeinschaft anders kann. Die Grenzen sind geschlossen, aber die EU-Staaten scheinen auf dem Weg den Virus gemeinsam die Stirn zu bieten und die Krise, hoffentlich, gemeinsam zu bewältigen. Aber die Probleme, die jetzt in der EU herrschen, machen die an den Außengrenzen nicht kleiner.

Warum kann die EU nicht ebenso solidarisch sein, wenn es um Geflüchtete geht. Probleme, die es zweifellos gibt, gemeinsam lösen, und verzweifelten Menschen eine Perspektive geben. Vielleicht, weil die EU-Bürger nicht selber betroffen sind.

Ich möchte mit meinem Plakat nicht nur auf die Probleme hinweisen, die sich an den Außengrenzen abspielen, sondern auch auf eine ganz andere Grenze hinweisen. Nämlich die zwischen der Bewältigung von Problemen, die EU-Bürger direkt betreffen und solchen, die das nicht tun. Wenn die EU dieses Leid ignoriert, lässt sich das nicht auf Dauer verdecken, auch nicht durch Solidarität in der Corona-Krise. Kratzt man an der Oberfläche, werden Leid und Herzlosigkeit schnell wieder sichtbar. Die EU wirkt wie ein Plakat, dass dies nicht dauerhaft verdecken kann. Auch bunte Farben und Sterne helfen dann nicht.

× Publikationen



GIBT ES DOCH! WARUM ES WICHTIG IST, VON ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS ZU SPRECHEN

Unsere Broschüren liefern rasche Überblicke über aktuelle gesellschaftspolitische Themen – etwa, warum die BDS-Bewegung antisemitisch ist, welche politischen Akteur*innen sich als „Neue Rechte“ bezeichnen und warum es wichtig ist, von antimuslimischem Rassismus zu sprechen.

→ bs-anne-frank.de/publikationen



ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS - UNTERRICHTSIMPULSE

Materialheft für die Sekundarstufe II, entwickelt von der Bildungsstätte Anne Frank in Kooperation mit FAZ Schule.

Kostenloser Download:
→ bs-anne-frank.de/bs_faz_schule

Impressum

Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main

Herausgeber

Dr. Meron Mendel (Direktor)

Redaktion

Eva Berendsen, Marie-Sophie Adeoso,
Leo Fischer, János Erkens

Recherche

Pascal Runkel

Schlusskorrektur

Eva Berendsen, Tim Wolff

T+ 49 (0)69 56000-20
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

© Bildungsstätte Anne Frank 2020

Gestaltung

Pixelgarten

Auflage / Erscheinungsweise

3000

Copyright

Bildungsstätte Anne Frank
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur nach schriftlicher
Genehmigung der Redaktion.

Bildnachweise

Seite 3, David Bachar (Dr. Meron Mendel);
Seite 10, Peter Jülich (Martin Steinhagen);
Seite 18/19, Fotos: Ana Paula Oliveira
Martins dos Santos; Seite 21, Bastian
Ludwig (Maria Seip); Seite 24, Luisella
Planeta Leoni; Seite 25/26, Felix Schmitt
(Foto Lernlabor), Bildungsstätte Anne
Frank (Foto Streitbar), privat (Deborah
Schnabel); Seite 29 – Fensterblick – Auto-
renportraits: Katharina Lütcher (Sibylle
Berg), Shaheen Wacker (Anil Altıntaş),
Alexander Fanslau (Lady Bitch Ray), Privat
(Berit Glanz), Apollonia T. Bitzan (Sophia
Süßmilch), Nane Diehl/Verbrecher Verlag
(Manja Präkels), Anne Bolick (Hadi
Khanjanpour), Cihan Cakmak (Ronya
Othmann), Charlotte Troll (Lena Gorelik),
Quirin Leppert (Samira El Ouassil), Ralf
Steinberger (Sharon Dodua Otoo), Linus
Giese (Annette Etges), Portraitfoto
Marie-Sophie Adeoso: Felix Schmitt; Seite
52/53, Lizza;

Eine für alle? Alle für Anne! JETZT MITGLIED WERDEN.

Wenn Sie die Arbeit der Bildungsstätte
Anne Frank unterstützen wollen, würden
wir uns freuen, Sie im Verein begrüßen
zu dürfen.

Mehr noch als ein Lern- und Ausstellungsort ist die Bildungsstätte vor allem ein Zusammen-
schluss von Menschen. Menschen, die sich dem Andenken der berühmten Frankfurter
Autorin verpflichten und in der Gesellschaft etwas bewegen möchten. Unsere Arbeit ist auch
deshalb möglich, weil uns zahlreiche Vereinsfreund*innen unterstützen. Mit Worten, Taten
und natürlich auch Geld.

Ihr Beitrag und unser Dank

Als Mitglied des Vereins unterstützen Sie nicht nur wichtige Anliegen, sondern genießen
auch handfeste Vorteile:

- × freier Eintritt zu allen Veranstaltungen
- × persönliche Kurator*innenführungen durch die Ausstellungen
- × Abonnement unserer Zeitschrift „Other Stories“
- × Kostenfreie Lieferung unserer Publikationen
- × Einladungen zu besonderen Anlässen im Freundeskreis der Bildungsstätte
- × Begegnungen mit den außergewöhnlichen Menschen, die unsere Arbeit unterstützen
- × Exklusive Vorab-Informationen zu unseren Aktivitäten
- × Auf Wunsch machen wir Ihre Unterstützung öffentlich – und führen Ihren Namen
auf unserer Website

Beitrittserklärung

Werden Sie jetzt Mitglied.
Schreiben Sie uns eine E-Mail:
info@bs-anne-frank.de

Rufen Sie uns an: +49 (0)69 56000-20
oder besuchen Sie unsere Webseite:

→ bs-anne-frank.de/ueber-uns/verein

Die Bildungsstätte Anne Frank ist das Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel. Wir entwickeln innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. In unserer politischen Bildungsarbeit greifen wir aktuelle Diskurse und Konflikte auf. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen.

Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ zeigt die Bildungsstätte Anne Frank wechselnde Sonderausstellungen in Frankfurt. Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ ist als Wanderausstellung seit 2014 auf Deutschland-Tour. Die Bildungsstätte Anne Frank fördert den Austausch zwischen Wissenschaft und Bildungspraxis, vernetzt verschiedene Gruppen und Communities vor Ort und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von Konferenzen und Fachtagen, sowie öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Bildungsstätte Anne Frank
Zentrum für politische
Bildung und Beratung Hessen

Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
T +49 (0)69 56000-20

info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

 facebook.de/bildungsstaette.anne.frank

 @BS_AnneFrank | @ResponseHessen

 bsannefrank

 youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank